

# NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK



ENERGIEWENDE

## ELEKTROMOBILITÄT IM FUHRPARK

### FÖRDERUNGEN

TRANSPARENZDATENBANK  
NEU

### DATENSCHUTZ

ACHTUNG BEI  
FOTOS UND VIDEOS



# NACHHALTIGE IDEEN FÜR LEBENSWERTE GEMEINDEN

**KOMMUNALMESSE** 20**19**  
[www.diekommunalmesse.at](http://www.diekommunalmesse.at)

Die innovative Fachmesse für die kommunale Welt.

**27./28. JUNI 2019 | MESSE GRAZ**

In Kooperation mit dem 66. Österreichischen Gemeindetag.

## THEMA

## 04 ENERGIEWENDE IM GEMEINDEFUHRPARK



## POLITIK

## 06 TRANSPARENZDATENBANK WIRD VERBESSERT



## 10 BUNDESRATSPRÄSIDENT KARL BADER WILL DAS „STIEFKIND“ AUFWERTEN

## 12 WIE ERFOLGREICHE GEMEINDEPARTEIARBEIT GEMACHT WIRD

## RECHT &amp; VERWALTUNG

## 12 DATENSCHUTZ – WELCHE FOTOS DARF MAN VERÖFFENTLICHEN?



## AUS ERSTER HAND

VON ALFRED RIEDL

HERAUSFORDERNDE ZEITEN IM BUND,  
IM LAND UND IN DEN GEMEINDEN

Die vergangenen Wochen hatten es in sich: Zum einen hat die EU-Wahl eine Stärkung der politischen Mitte und Stabilität für ein gemeinsames und besseres Europa und ein starkes Niederösterreich in Europa gebracht. Es war dies nicht zuletzt auch ein persönlicher Vertrauensbeweis für unseren Bundesparteiobmann Sebastian Kurz – sein Kurs und seine Arbeit für Österreich wurden honoriert und sollen auch fortgesetzt werden.

Der Dank gilt allen Wählerinnen und Wählern sowie allen Funktionären und Helfern in den Städten und Gemeinden, die mit ihrem Einsatz dazu beigetragen haben, dass Niederösterreich zu diesem Ergebnis einen überproportional hohen Anteil beigetragen haben: Mehr als 80.000 Wähler konnten für die Volkspartei neu dazu gewonnen werden, ein Zuwachs von knapp 8 Prozent und ein Gesamtergebnis von 40 Prozent der Stimmen. Das ist das beste Niederösterreich-Ergebnis bei einer Europawahl überhaupt und damit ein starkes Zeichen aus Niederösterreich.

Auf der anderen Seite mussten wir nur einen Tag nach der EU-Wahl erleben, wie erstmals in der Zweiten Republik einem Bundeskanzler und der gesamten Regierung das Misstrauen ausgesprochen wurde und diese geschlossen zurücktreten musste. Grund dafür ist reines Parteikalkül der SPÖ sowie ein Revancheakt der FPÖ mit der die erfolgreiche Regierung unter Sebastian Kurz beendet wurde. Damit haben sich SPÖ und FPÖ nicht nur gegen Bundespräsident Alexander Van der Bellen, sondern auch gegen die österreichische Bevölkerung gestellt, die sich eine Fortführung der Regierung wünschten. Am Ende entscheiden die Wähler im September, wer künftig dieses Land regieren soll. Klar ist jetzt schon: In den vergangenen zwei Jahren ist mit Sebastian Kurz so viel weitergegangen wie schon lange nicht mehr in diesem Land, so etwa im Kampf gegen illegale Migration, beim Ende der Schuldenpolitik oder im Bereich der Steuersenkung. Nun liegt es an uns, eine klare Entscheidung für die Fortsetzung dieses Weges und dieser erfolgreichen Politik zu treffen. Bis dahin appelliere ich an die Bürgermeister und Gemeindevertreter im Nationalrat in herausfordernden Zeiten wie diesen, keine „Wahlzuckerl-Beschlüsse“ im freien Spiel der Kräfte zuzulassen. Ich erinnere nur an die Abschaffung des Pflegeregresses im Juni 2017 ohne Kostenersatz für Länder und Gemeinden. So etwas darf sich nicht wiederholen.

BGM. MAG. ALFRED RIEDL, PRÄSIDENT

## ELEKTROMOBILITÄT

# DIE ENERGIEWENDE IM GEMEINDEFUHRPARK

NICHT NUR KLEINE ALLTAGSAUTOS WERDEN VON IMMER MEHR GEMEINDEN EINGESETZT, AUCH NUTZFAHRZEUGE FÜR DEN BAUHOFFAHREN ZUNEHMEND ELEKTRISCH. VON ANNA KÖNIG UND REINHARD JELLINEK

Zuverlässig, leise, emissionsfrei und zunehmend auch wirtschaftlich – elektrisch angetriebene Nutzfahrzeuge spielen auch im kommunalen Bereich konsequent ihre Stärken aus. Nicht zuletzt können Gemeinden mit einem Elektrotransporter oder anderen Nutzfahrzeugen ein sichtbares Zeichen für den Klimaschutz setzen. Zudem bietet die #mission2030 „E-Mobilitätsoffensive“ attraktive Kostenzuschüsse.

## EL-MOTION 2019: EXPERTENTREFF MIT SCHWERPUNKT AUF E-NUTZFAHRZEUGE

Neben der wachsenden Zahl von E-Pkw kommen auch immer mehr Kleintransporter und sonstige kompakte Nutzfahrzeuge mit Elektroantrieb auf den Markt. Sie lassen sich ideal als Liefer- und Servicefahrzeuge einsetzen und bringen insbesondere im kommunalen Bereich eine deutliche Verbesserung der Luftsituation und der Lärmentwicklung.

Einen Überblick über aktuelle Entwicklungen auf dem elektrischen Nutzfahrzeugmarkt gab die neunte EL-MOTION-Konferenz, die unter Beteiligung von klimaaktiv mobil stattfand. Begleitet von einer umfangreichen Ausstel-

lung von verschiedenen Institutionen und Händlern, versammelten sich namhafte Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertreter der Hersteller und der Betreiber, um sich über den aktuellen Stand der Technik und konkrete Anwendungen zu informieren. Der Erfahrungsaustausch zeigt: E-Mobilität ist eine zunehmend interessante Alternative für Nutzfahrzeuge, gerade auch für Städte und Gemeinden, für die das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) mit klimaaktiv mobil attraktive Fördermodelle anbietet.

## VIelfältige Einsatzmöglichkeiten in Deutsch-Wagram

In Deutsch-Wagram übergab Bürgermeister Fritz Quirgst kürzlich ein neues Elektrofahrzeug an den Bauhofleiter. Das Modell GOUPIL G4 ist vielseitig einsetzbar, es soll beispielsweise zum Entleeren der Mistkübel, für den Grasschnitt und andere Transportarbeiten verwendet werden. „Das neue E-Fahrzeug stellt einen weiteren Schritt in Richtung Energiewende dar“, freut sich Bürgermeister Quirgst über das umweltfreundliche Elektro-Leichtfahrzeug. ■■

„DAS NEUE E-FAHRZEUG STELLT EINEN WEITEREN SCHRITT IN RICHTUNG ENERGIEWENDE DAR.“



**FRITZ QUIRGST**  
BÜRGERMEISTER VON  
DEUTSCH-WAGRAM

## FÖRDERUNGEN

# 138

AUTOS IN

# 104

GEMEINDEN WURDEN IN DEN JAHREN 2014  
BIS 2018 VOM LAND NIEDERÖSTERREICH MIT  
INSGESAMT

# 160.795

EURO GEFÖRDERT.



Der Bürgermeister von Deutsch-Wagram, Fritz Quirgst, und Bauhofleiter Eduard Weintraud bei der Übergabe des GOUPIL G4 an den Bauhof.

Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus bietet über klimaaktiv mobil Beratungen bei der Umsetzung von klimafreundlichen Mobilitätsprojekten an.  
[www.klimaaktiv.at](http://www.klimaaktiv.at)

Für die kommunale Fuhrparkumstellung sind in der **#mission2030** auch weiterhin attraktive Förderungen verfügbar. So gibt es etwa für E-Nutzfahrzeuge der Klasse N2 bis zu 20.000 Euro pro Fahrzeug als Förderung.  
[mission2030.info](http://mission2030.info)



MAG. REINHARD JELLINEK IST  
EXPERTE FÜR MOBILITÄT BEI DER  
ÖSTERREICHISCHEN ENERGIEAGENTUR



DI ANNA KÖNIG  
ARBEITET BEIM VERKEHRSPLANUNGS-  
BÜRO KOMOBILE IN GMUNDEN

## DIE WICHTIGSTEN ERKENNTNISSE DER EL-MOTION KONFERENZ

- ▶ Die Transformation zu elektrischen Antrieben ist auch am Nutzfahrzeugsektor keine Zukunftsvision, sondern Realität.
- ▶ Insbesondere bei E-Bussen und kleinen Nutzfahrzeugen sind bereits viele Serienmodelle verfügbar. Auch bei E-Transportern und Lkw bieten Hersteller mittlerweile viele unterschiedliche Modelle mit einem zulässigen Gesamtgewicht von einer bis 40 Tonnen.
- ▶ Durch den sauberen, geräuscharmen und abgasfreien Einsatz werden neue Einsatzbereiche erschlossen, z. B. im Innenraum oder am Wochenende und nachts.
- ▶ Erfahrungen aus der Praxis zeigen eine hohe Wirtschaftlichkeit von Elektrofahrzeugen über den gesamten Lebenszyklus.
- ▶ Durch spezifische Trainings für Fahrerinnen und Fahrer von E-Fahrzeugen, wie sie von klimaaktiv mobil angeboten werden, kann die erzielbare Reichweite deutlich gesteigert werden.
- ▶ Wird der Strom dazu aus erneuerbaren Energiequellen produziert, ist Mobilität nahezu ohne Emissionen und Schadstoffe möglich.
- ▶ Gemeinden setzen auf Elektro-Mobilität. Die Anzahl der Gemeinden, die bereits auf elektrische Nutzfahrzeuge setzen, steigt immer weiter an.

## FÖRDERUNGEN

# TRANSPARENZDATENBANK WIRD VERBESSERT

DIE GEMEINDEN FORDERN, DASS DER NUTZEN GRÖßER ALS DER AUFWAND SEIN MUSS

VON FRANZ OSWALD

Die Bundesregierung hat am 15. Mai die Novelle zum Transparenzdatengesetz beschlossen, nachdem Forderungen der Länder, des Rechnungshofes und der Gemeinden aufgenommen wurden. Die wichtigsten Ergebnisse und Fakten dieser Novelle:

## DATENBANK WIRD ÜBERSICHTLICHER UND EFFIZIENTER

- ▶ Eine Mitteilung an die Datenbank soll künftig nicht erst bei der Auszahlung erfolgen, sondern schon bei Gewährung der Förderung.
- ▶ Auch Förderwerber können künftig mehr Informationen aus der Datenbank erhalten.
- ▶ In Zukunft soll auch der Bearbeitungsstand eines Förderantrags erfasst und dem Förderwerber in der Datenbank angezeigt werden.
- ▶ Die Transparenzdatenbank legt die Förderungen und die Sozialleistungen des Bundes, der Bundesländer und der Gemeinden unter Wahrung des Datenschutzes offen.
- ▶ Damit – und das ist entscheidend – werden Doppel- und Mehrfachförderungen und Sozialmissbrauch bekämpft.
- ▶ Erste Erfolge dieser Novelle: Nach Niederösterreich und Oberösterreich haben sich nun auch Tirol, Salzburg, Vorarlberg und die Steiermark zur Eingabe ihrer Förderungen in die Datenbank bekannt.
- ▶ Die öffentlichen Mittel können nun effizienter und damit sparsamer eingesetzt werden, Doppelgeleisigkeiten im Subventionsbereich werden so verhindert.
- ▶ Die Abfrage von sensiblen personenbezogenen Daten bleibt wie bisher streng reglementiert.

## DIE FORDERUNGEN DER GEMEINDEN

Aus Sicht der Gemeinden, für die grundsätzlich keine Einmeldepflicht besteht, gibt



Die Abfrage von sensiblen personenbezogenen Daten bleibt wie bisher streng reglementiert.

FOTO:SHUTTERSTOCK/WRANGLER

„DIE ÖFFENTLICHEN MITTEL KÖNNEN EFFIZIENTER UND DAMIT SPARSAMER EINGESETZT WERDEN.“



es noch einige offene Wünsche und Erwartungen:

- ▶ Die Transparenzdatenbank darf zu keinem übertriebenen bürokratischen Aufwand führen.
- ▶ Zur Kategorisierung des Leistungsangebotes: Dieses ist derart umfangreich (300 Seiten), dass eine Administrierbarkeit kaum möglich und die Wirksamkeit der Datenbank daher eingeschränkt ist, was besonders für die Gemeinden gilt.
- ▶ Eine Einbindung der Gemeinden ist somit nur dann sinnvoll, wenn der Nutzen der Einmeldung in die Datenbank größer ist als der damit verbundene verwaltungstechnische Aufwand.
- ▶ In den Erläuterungen wird eine explizite Klarstellung dahingehend verlangt, dass ausschließlich klassische Förderungen an Gemeinden und Gemeindeverbände betroffen sind. Beispiel: Erhält eine Gemeinde eine Bundesförderung für die Anschaffung von E-Autos, gehört dies in die Datenbank. Bei einem Zweckzuschuss gemäß Finanzausgleich gibt es dagegen keine Einmeldung. ■■



# EVN Schulservice

Angebote zu Energiethemen  
für Schulen in Niederösterreich

## EVN kommt in die Schule

Die EVN unterstützt die Schulen in Niederösterreich bei der Vermittlung von Energiethemen mit einer Vielfalt an kostenlosen Angeboten. Ein Team von 26 regionalen Schulbetreuern bringt Spannung in die Klassen.

Die Lernhefte und Experimentiermaterialien der EVN gehören an den Schulen in Niederösterreich zum fixen Bestandteil des Unterrichts. Jedes Jahr halten EVN Schulbetreuer über 700 praxisnahe Vorträge über die Energieversorgung und das Energiesparen. Das Lernen über das komplexe Thema Energie geht mit den Lernsets vom EVN Schulservice ganz einfach.



## Schulen kommen zur EVN

Viele Kraftwerke der EVN sind für die Besuche der Schulklassen offen und bieten maßgeschneiderte Führungen für verschiedene Altersklassen an. Jedes Jahr sehen dadurch mehr als 10.000 Schülerinnen und Schüler, wie elektrische Energie entsteht.

## Bestellung und Information

EVN Schulservice, EVN AG, EVN Platz, 2344 Maria Enzersdorf  
T 0800 800 100  
schulservice@evn.at, www.young.evn.at

Die Volksschüler entdecken mit dem Energiehasen Joulius die Geheimnisse der Elektrizität und lernen dabei, wie man mit elektrischer Energie richtig und sicher umgeht. In den höheren Schulstufen erforschen die Kinder mit Hilfe von EVN Materialien die umweltrelevanten Themen Brennstoffzelle, Photovoltaik, Wärmepumpe und Elektromobilität.



## FAHRPLAN

# SAUBERE, ERNEUERBARE UND NACHHALTIGE ENERGIE

30.000 ZUSÄTZLICHE HAUSHALTE SOLLEN MIT GRÜNER WÄRME VERSORGT WERDEN – DAS UND VIELES MEHR WURDEN IM NEUEN NÖ KLIMA- UND ENERGIEFAHRPLAN 2020-2030 PRÄSENTIERT.

Gemeinsam mit Experten und dem Land Niederösterreich wurde der NÖ Klima- und Energiefahrplan 2020 bis 2030 ausgearbeitet. Als Zielsetzung bis 2030 wurden die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 36 Prozent, die Erzeugung von 2.000 Gigawatt-Stunden Strom aus Photovoltaik und 7.000 Gigawatt-Stunden Strom aus Windkraft genannt. Der Strom aus Photovoltaik-Anlagen soll zudem verzehnfacht und der Strom aus der Windkraft verdoppelt werden. Dadurch sollen 30.000 zusätzliche Haushalte mit „grüner Wärme“ versorgt und 10.000 neue Jobs durch „Grüne Technologien“ geschaffen werden. 2030 sollen auch mehr als 50 % der Neuzulassungen E-Autos sein und nur noch Busse mit alternativen Antrieben bestellt werden. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner

„DURCH UNSERE VORREITERROLLE WAS DEN KLIMASCHUTZ BETRIFFT, WURDEN WIR UNTER ANDEREM SOGAR **NACH KALIFORNIEN UND BADEN-WÜRTTEMBERG EINGELADEN**, UM UNSERE ENERGIEWENDE VORZUSTELLEN.“

LH-STELLVERTRETER STEPHAN PERNKOPF

ist zuversichtlich, dass bis 2030 jeder fünfte PKW elektrisch unterwegs sein wird. All diese Maßnahmen sollen den Energieverbrauch reduzieren, die erneuerbaren Energien ausbauen und langfristig den Ausstieg aus fossilen Energieträgern ermöglichen.

## NÖ-ERFOLGSGESCHICHTE IM BEREICH UMWELTSCHUTZ

Bereits im Jahr 2007 wurde der Klimaschutz in der Landesverfassung als erstes Bundesland verankert. Seit dem Jahr 2015 ist es Niederösterreich auch gelungen, 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien zu gewinnen.



FOTO: NLK REINBERGER

Präsentierten den NÖ Klima- und Energiefahrplan 2020-2030: Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf und Lukas Klaczynski von der Landesschülervertretung NÖ (li.).

Aktuell engagieren sich rund 300.000 Menschen über verschiedene Institutionen und Vereine für saubere und erneuerbare Energien – rund 40.000 Menschen arbeiten in sogenannten „Green Jobs“. Seit Jahresbeginn sind außerdem Ölheizungen in neu errichteten Gebäuden verboten. Damit der Umstieg von einer Ölheizung auf klimafreundliche Energiemaßnahmen in bestehenden Gebäuden leichter fällt, gibt es gemeinsam mit dem Bund eine Förderung in der Höhe von bis zu 8.000 Euro.

## JUGENDLICHE IN VORHABEN INVOLVIERT

In den Fahrplan wurden zusätzlich die Ergebnisse der NÖ Jugendklimakonferenz eingearbeitet. Bei dieser konnten rund 150 Schülerinnen und Schüler Zukunftsvorschläge in Sachen Klimaschutz präsentieren. Für Lukas Klaczynski von der Landesschülervertretung NÖ war das eine hervorragende Gelegenheit für junge Menschen, sich in die Themen Klimaschutz, Energiewende und Nachhaltigkeit einzubringen. ■■

„MIT EINEM UMFANGREICHEN MASSNAHMEN-MIX WOLLEN WIR UNSERE ENERGIE- UND KLIMAPOLITISCHEN ZIELE ERREICHEN UND SOMIT LANGFRISTIG DEN **AUSSTIEG AUS FOSSILEN ENERGIETRÄGERN FORCIEREN.**“

LANDESHAUPTFRAU JOHANNA MIKL-LEITNER

## HILFSWERK NÖ

# KOMPETENTER PARTNER DER GEMEINDEN

DAS HILFSWERK NIEDERÖSTERREICH IST NUMMER 1 IN DER MOBILEN PFLEGE UND ANBIETER FLEXIBLER UND INDIVIDUELLER KINDERBETREUUNG

Über 40 Jahre Erfahrung, 67 Standorte in Niederösterreich, fast 26.000 Kunden monatlich und 3.100 Mitarbeiter/innen:

In Niederösterreich ist das Hilfswerk ein wichtiger Partner der Gemeinden. Es sorgt dafür, dass alte und kranke Menschen in ihrer gewohnten Umgebung gepflegt und betreut werden können.

Es schafft wertvolle und familiengerechte Arbeitsplätze. Und seit vielen Jahren darf das Hilfswerk die Gemeinden Niederösterreichs in Fragen der Kinderbetreuung unterstützen. „Vor allem aber dürfen wir dazu beitragen, das soziale Netz innerhalb einer Stadt oder Gemeinde zu stärken und sie lebenswerter zu gestalten“, so Hilfswerk-Präsidentin LAbg. Bgm. KR Michaela Hinterholzer.

## NR. 1 IN DER MOBILEN PFLEGE

In der Pflege und Betreuung ist das Hilfswerk mit 8.700 Kundinnen und Kunden der größte Anbieter und die Nummer 1 in Niederösterreich.

Mit hoch qualitativer und individueller Hauskrankenpflege, Heimhilfe und mobiler Therapie sowie Zusatzangeboten wie dem Notruftelefon und dem Menüservice werden pflegebedürftige Menschen und ihre Familien in ihren eigenen vier Wänden unterstützt. Von 55 Hilfe und Pflege daheim-Standorten werden fast 12.000 Menschen in ganz Niederösterreich betreut.

## FLEXIBLE KINDERBETREUUNG

Flexible und individuelle Kinderbetreuungs-Lösungen, die für Eltern und Gemeinden langfristig leistbar sind, sind stärker gefragt denn je. Als Partner stellt das Hilfswerk seine pädagogische Erfahrung sowie das organisatorische Know-how zur Verfügung und begleitet die Gemeinden bei der Umsetzung eines maßgeschneiderten Betreuungsangebotes. ■■■



Hilfswerk-Präsidentin Michaela Hinterholzer mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amstettner Pfllegeteams.

## GRATULATION

**Hilfswerk-Präsidentin LAbg. Bgm. Michaela Hinterholzer feierte kürzlich einen runden Geburtstag.** Anlässlich der Generalversammlung des Hilfswerks Niederösterreich gratulierte auch Landesrätin Mag. Christiane Teschl-Hofmeister ganz herzlich.



„WIR DÜRFEN DAZU BEITRAGEN, DAS **SOZIALE NETZ INNERHALB EINER STADT ODER GEMEINDE ZU STÄRKEN** UND SIE **LEBENSWERTER ZU GESTALTEN.**“

**MICHAELA HINTERHOLZER,**  
PRÄSIDENTIN DES  
HILFSWERKS NÖ

## BUNDESRAT

# DAS „STIEFKIND“ SOLL AUFGEWERTET WERDEN

KARL BADER IST DAS NÄCHSTE HALBE JAHR PRÄSIDENT DES ÖSTERREICHISCHEN BUNDESRATES UND WILL DIE LÄNDERKAMMER STÄRKER AKTIVIEREN. VON FRANZ OSWALD

Karl Bader, 59, Bürgermeister von Rohrbach an der Gölsen, Landtagsabgeordneter a. D. und jetzt zum zweitenmal Mitglied des Bundesrats, ist ab 1. Juli dieses Jahres dessen neuer Präsident. Bader will dieses halbe Jahr als Bundesratspräsident nicht nur formal und pflichtgemäß absitzen, er tritt von Beginn an mit klaren Vorstellungen eines aktiveren Bundesrats an die Öffentlichkeit, will dessen durchaus vorhandene Möglichkeiten besser nutzen. Sein Ziel: den Bundesrat aus seinem – unbestrittenen – Schattendasein, soweit es die Verfassung ermöglicht, herausholen und somit politisch stärker aktivieren. Wobei von vornherein gesagt werden muss: Derartige Pläne gab es nicht nur einmal, schön öfter sind neue Bundesratspräsidenten mit solchen Aktivierungsplänen an die Öffentlichkeit getreten. Heraus kam meistens nichts oder kaum Merkbare.

## BUNDESRAT WIRD ZUNEHMEND ZUR EUROPAKAMMER

Karl Bader, im Zivilberuf Hauptschullehrer, jetzt Direktor der Neuen Mittelschule von Sankt Veit/Gölsen, meint, der Bundesrat habe gar nicht so wenige Möglichkeiten wie immer wieder behauptet. „So hat er nicht nur ein aufschiebendes Veto, kann also Gesetze des Nationalrates an diesen zurückweisen. Er hat auch ein absolutes Vetorecht, nämlich dort, wo es um Länderinteressen geht“, ruft Bader in Erinnerung.

In den letzten Jahren verstand sich der Bundesrat wie kaum eine zweite vergleichbare Institution zunehmend als Europakammer, die sich etwa in EU-Subsidiaritätsverfahren aktiv eingeschaltet hat und auch einige Erfolge erringen konnte: so mit der Trinkwasserrichtlinie, die eine Privatisierung des Wassers verhindert, in der Daseinsvorsorge, die vor allem den Gemeinden



Karl Bader: „Wo es um Länderinteressen geht, hat der Bundesrat ein absolutes Vetorecht.“

zukommt, sowie bei den Prüfungsintervallen, wo noch kürzere Abstände als jetzt (ein Jahr) verhindert werden könnten.

## EINEN „TÜRKISEN FADEN“ SICHTBAR MACHEN

Nun aber soll der Bundesrat, dem übrigens zwölf niederösterreichische Mandatäre - davon sieben von der Volkspartei - angehören, auch in anderen Bereichen deutlich sichtbarer werden. Zumal in den nächsten sechs Präsidentenperioden ausschließlich VP-Vertreter zum Zug kommen. Beginnend eben mit Niederösterreich, also Karl Bader. So soll grundsätzlich ein „türkiser Faden“ durch all die Pläne und Absichten sichtbar sein.

„ÖSTERREICH IST ZU 90 PROZENT LÄNDLICHER RAUM.“

KARL BADER



## ZENTRALES ANLIEGEN DEZENTRALISIERUNG

► Zentrales Thema ist jetzt die Dezentralisierung. Konkret geht es darum, dass bei Schaffung neuer Einrichtungen durch den Bund dieser verpflichtet wird, die neuen Stellen in den Bundesländern anzusiedeln.

Als Beispiel dafür gelten die skandinavischen Länder.

- ▶ Nächster Schwerpunkt, eng verwandt mit der Dezentralisierung, ist das Ziel, den schon vorhandenen Masterplan für den ländlichen Raum zu forcieren. „Österreich ist zu 90 Prozent ländlicher Raum“, betont Bader, hier müsse – Stichwort Dezentralisierung – mehr geschehen als bisher. Mit der zuständigen Bundesministerin Elisabeth Köstinger sei dies bereits abgestimmt.
- ▶ Im Bundesrat selbst war Niederösterreich in eben dieser Frage Dezentralisierung federführend. „Ich werde mir auch ausländische Beispiele anschauen, etwa in Bayern mit deren Heimatstrategie oder in den nordischen Ländern, ebenso mit dem Gemeindebund eng zusammenarbeiten“, so Bader. Am 9. Oktober gibt es dazu eine Enquete des Bundesrates, am 10. Oktober gibt Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner als Vorsitzende der Landeshauptleute-Konferenz im Bundesrat dazu eine Erklärung ab.
- ▶ Schließlich wird der Bundesrat verstärkt in die Länder hinausfahren, um zu überprüfen, wie die Parlamentsbeschlüsse

umgesetzt werden. Etwa jener über die Rangerhöhung der Donau-Universität zur Voll-Uni. Auch dem von Niederösterreich veranstalteten jährlichen Europa-Forum gilt die Aufmerksamkeit des Bundesrates.

### MIT NIEDERÖSTERREICH-TRIO DURCHSTARTEN

Im Übrigen ist es jetzt das drittemal, dass Bundesrat und Nationalrat von Niederösterreichern präsiert werden: das erstemal in der Ersten Republik, das zweitemal 1961 mit Leopold Figl und Theo Eggendorfer, und jetzt eben das drittemal mit Karl Bader und Wolfgang Sobotka. Wozu noch kommt, dass Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner wie gesagt ab Juli der Landeshauptleute-Konferenz vorsteht. Also ein vielversprechendes Niederösterreich-Trio, das den Bader-Plänen zweifellos zunutze kommt. Der Beginn der Halbjahresperiode des Bundesrates unter Bader ist, was die Öffentlichkeitswirksamkeit betrifft, ebenfalls gut: So wird am 11. Juli die Sitzung des Bundesrates mit der Antrittsrede des Präsidenten erstmals im Fernsehen übertragen. ■■



PROF. DR. FRANZ OSWALD  
WAR CHEFREDAKTEUR  
DER NÖ LANDES-  
REGIERUNG UND IST JETZT  
FREIER JOURNALIST

Denk  
bestens  
VERSORGT!

!!! JETZT NEU mit DNA-ANALYSE !!!  
Für das richtige, individuelle  
Ernährungsprogramm

Sonderkonditionen für Gemeindebedienstete  
in der Gruppenkrankenversicherung bei UNIQA!  
Interesse? michael.hirsch@uniqa.at

Denk



## GEMEINDEPARTEIARBEIT

# „DIE BÜRGER WISSEN, DASS

WIE FUNKTIONIERT GEMEINDEPARTEIARBEIT IN DEN GEMEINDEN KONKRET? DIE NÖ GEMEINDE SCHAUT SICH IN DEN KOMMENDEN AUSGABEN IM RAHMEN EINER SERIE DIE UNTERSCHIEDLICHEN ZUGÄNGE DER ARBEIT IN VP-MEHRHEITS- UND VP-MINDERHEITSGEMEINDEN AN. VON SOTIRIA PEISCHL

Für viele politische Parteien besteht Parteiarbeit ausschließlich aus Wahlkampf. Hört man sich allerdings in den Gemeinden um, wird schnell klar, dass kurzfristige Wahlzuckerl und verlockende Wahlversprechen ein paar Wochen vor einer Wahl, nicht zielführend und auch nicht von den Bürgern goutiert werden.

## BÜRGERMEISTERIN UND AMTSLEITERIN

**Rosemarie Kloimüller**, Bürgermeisterin der 1125 Einwohner-starken Waldviertelgemeinde St. Oswald mit 14 von 19 Mandaten für die VP im Gemeinderat, weiß, wovon sie spricht: „Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns Bürgermeistern, dass wir kompetente Ansprechpartner sind, die rasch und unbürokratisch handeln, immer erreichbar sind und die für die Bürger wichtigen Dinge vor Ort umsetzen“, sagt die 47-Jährige. Dabei sieht Kloimüller es als Vorteil, dass sie gleichzeitig Amtsleiterin und Bürgermeisterin der Gemeinde ist und sich auch gerne um Dinge für ihre Bevölkerung kümmert, die nichts mit dem Amt zu tun haben.

„Ich liebe meine Arbeit, helfe gerne, wo Hilfe notwendig ist und setze Dinge gern rasch und lösungsorientiert um. Dazu kommt, dass ich mir für die Anliegen der Bürger immer Zeit nehme und immer ehrlich bin. Das heißt, ich sage auch nicht zu allem ja“, sagt Kloimüller. Nicht umsonst schätzen die Bürger unsere Arbeit und wissen, dass auf uns Verlass ist – und zwar nicht nur vor Wahlen“, so die Bürgermeisterin.

## SCHWERPUNKTE BAULAND UND KINDERGARTEN

Die Schwerpunktarbeit der Gemeinde im Waldviertel lag in den letzten Jahren vor allem im Bereich der Baulandschaffung und im Kindergartenausbau. Dabei begleiten zahlreiche Aktionen die Gemeindegemeinschaft der Bürgermeisterin, angefangen von der Oster-eier-Aktion, über die Verteilaktion bei Hausbesuchen mit Margeriten-Samensackerl, bis hin zur Muttertags- und Vatertagsaktion und

dem Familienwandertag ist die Palette breit gefächert.

## DORFFRÜHSTÜCK MIT IDEENBOX

Zum ersten Mal hat Rosemarie Kloimüller dieses Jahr auch ein Dorffrühstück mit einer Ideenbox für die Bevölkerung organisiert. „Uns interessiert, was die Bürgerinnen und Bürger in Sachen Gemeindegemeinschaft wünschen und holen uns damit auch Ideen, was wir umsetzen können. Die Sandkisten-Befüllung für die Kleinen in unserer Gemeinde war jedenfalls ein großer Erfolg“, weiß die Bürgermeisterin.

Abgesehen von den Wünschen und Ideen der Bürger möchte Kloimüller sich dafür einsetzen, junges Wohnen in ihrer Gemeinde auszubauen, sowie weiteres Bauland zu mobilisieren.

## BESTBESUCHTE GEMEINDEHOMEPAGE IM BEZIRK

Gleichzeitig tritt die Bürgermeisterin für den Erhalt der kleinen Strukturen und die Stärkung des ländlichen Raumes ein. „Ich erhoffe mir auch Anreize für Firmen und die Bevölkerung durch den Breitbandausbau. Er ist für uns eine reale Chance, um die Bevölkerung vor Ort zu halten, aber auch für Unternehmen attraktiv zu werden. Dass die Digitalisierung auch in St. Oswald wichtig ist, zeigt, dass wir die am besten besuchte Homepage im Bezirk Melk haben“, freut sich Kloimüller. Darüber hinaus wird unter Gemeinderatskollegen auch in Whatsapp-Gruppen hinsichtlich Sitzungen oder Informationen über die Gemeinde kommuniziert.

Auch ihr Ausgleich zur politischen Tätigkeit ist übrigens mit Arbeit verbunden: Rosemarie Kloimüller hilft ihrem Mann als Nebenerwerbslandwirtin im Betrieb.

## FOKUS AUF DIREKTE GESPRÄCHE

**Andreas Steiner** ist Gemeindegemeinschaftsleiter in Schönau an der Triesting, einer Minderheitsgemeinde der ÖVP (zwölf Mandate SPÖ, neun Mandate ÖVP) und weiß, wie schwierig



Dorffrühstück mit Rosemarie Kloimüller (Mitte).



„ICH NEHME MIR FÜR DIE ANLIEGEN DER BÜRGER IMMER ZEIT.“

**ROSEMARIE KLOIMÜLLER**  
BÜRGERMEISTERIN VON  
ST. OSWALD

# AUF UNS VERLASS IST!



Andreas Steiner (hinten, Mitte) beim „Nostalgieheurigen“.



**„AUTHENTISCH BLEIBEN UND MIT FREUDE BEI DER SACHE SEIN.“**

**ANDREAS STEINER**  
GEMEINDERAT IN  
SCHÖNAU AN DER  
TRIESTING

es ist, mit Themen und Arbeit bei der Bevölkerung anzukommen, wenn man nicht an der Spitze der Gemeinde steht. „Unser Hauptfokus liegt bei direkten Gesprächen und Kontakten. Daraus leiten wir unsere inhaltliche politische Arbeit ab. Dabei ist es wichtig, dass man die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig über die eigenen Veranstaltungen und Ideen informiert und eigene Anliegen und Projekte besonders intensiv begleitet“, so der 32-Jährige. Auch im Zusammenspiel mit Bundes- und Landespolitik ergeben sich immer wieder gute Kommunikationsmöglichkeiten.

## GESPRÄCHE UND VERANSTALTUNGEN BRINGEN NEUE KONTAKTE

Im Jahreskreislauf organisiert der engagierte Jung-Kommunalpolitiker etwa zwölf Aktionen und Veranstaltungen in seiner Gemeinde, von Bürgergesprächen über Sandkisten- und Muttertags-Aktionen bis hin zu Maibaum-Aufstellen, Nostalgie-Heuriger, Grilltour und Sturmstand.

„Bei diesen Veranstaltungen ergeben sich immer wieder spannende Gespräche und neue Kontakte, die bei der Arbeit für und in der Gemeinde weiterhelfen“, sagt Andreas Steiner.

Worauf man auch nicht vergessen dürfe: „Als Kommunalpolitiker muss man auch gerne in den Gasthäusern, bei den Heurigen und bei den Veranstaltungen der anderen Vereine unterwegs sein“, gibt er Einblick in seine Arbeit.

Das wichtigste bei seiner Arbeit in der Gemeinde: „Authentisch bleiben und mit Freude bei der Sache sein. Man muss zu seiner Politik immer stehen und darf sich nicht unterkriegen lassen. Wichtig ist auch, die Menschen in direkten Gesprächen anzusprechen und immer wieder aufs Neue zeigen, dass man für Gespräche, Anliegen und Probleme immer erreichbar ist“, meint der junge Familienvater. Das alles brauche natürlich auch Zeit und gehe nicht von heute auf morgen.

## VEREINSMITGLIEDSCHAFTEN HELFEN

Hilfreich sei, wenn man in vielen Vereinen der Gemeinde auch Mitglied ist und mitarbeitet. Damit erreicht man auch immer wieder die Menschen, die sich in der Gemeinde besonders engagieren. Wichtig sei zudem ein starkes und breit aufgestelltes Team in der Gemeindepartei bzw. Fraktion, das Freude an der Zusammenarbeit ausstrahlt.

Um für neue Wählerstimmen attraktiv zu sein, müsse man ein erkennbares „Profil“ in der Gemeinde haben. „Das muss man sich schon vor den Wahlen erarbeiten. Wenn man fünf Jahre kaum bei den Menschen ist, kaum Veranstaltungen macht und alles gemeinsam mit der Mehrheit im Gleichklang kommuniziert, sind die Chancen eher gering, neue Wähler anzusprechen“, weiß Andreas Steiner. Deswegen bemüht sich der ÖVP-Gemeinderat, der bei den nächsten Gemeinderatswahl stark zulegen will, in Schönau an der Triesting um eine klare konstruktive Oppositionspolitik. Dabei gehe es darum, die eigenen Ideen hervorzuheben und für diese Ideen in der Bevölkerung um Zustimmung zu werben. „Als Minderheitspartei muss man sich aber auch immer wieder neue Formate einfallen lassen um Familien mit Kindern, Zugezogene usw. zu erreichen“, so Steiner. ■■

VP-KLUB

# SOZIALHILFE ALS SPRUNGBRETT

VOLKSPARTEI NIEDERÖSTERREICH BRINGT NÖ MINDESTSICHERUNGS-AUSFÜHRUNGSGESETZ IN LANDTAG EIN

In der Landtagssitzung am 23. Mai 2019 wurde das Ausführungsgesetz zur Umsetzung der Sozialhilfe-Neu in den Landtag eingebracht. Angekündigt wurde dies vorab bei einer Presskonferenz mit Klubobmann Klaus Schneeberger.

## NÖ SETZT ALS ERSTES UM

Der Klubobmann berichtete in der Pressekonferenz über die Entstehung des NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetzes wie folgt: „In NÖ haben wir schon parallel zum Gesetzwerdungsprozess im Bund mit den erforderlichen Arbeiten begonnen, um unmittelbar das Ausführungsgesetz auf den Weg bringen zu können. Wir sind nun das erste Bundesland, dass dieses Gesetz umsetzt. Erfreut sind wir darüber, dass niederösterreichische Ideen und Zielsetzungen – wie der Wiederbeschäftigungsbonus als Freibetrag für Erwerbstätigkeit – in das Bundesgesetz eingeflossen sind.“ Zum Hintergrund führt Schneeberger aus: „Jemand, der arbeiten geht, darf nicht weniger bekommen, als jemand, der Mindest-



FOTO: PHILIPP MONIHART

VPNÖ-Klubobmann Klaus Schneeberger: „Jemand der arbeiten geht, darf nicht weniger bekommen, als jemand, der Mindestsicherung bezieht.“

sicherung bezieht. Wer arbeitet, darf also nicht der Dumme sein. Dennoch darf man nicht auf jene vergessen, die unsere Hilfe benötigen, wie Menschen mit Behinderung oder Alleinerziehende. Die Sozialhilfe sieht daher besondere Zuschüsse für diese Personen vor. Von jenen, die dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen, erwarten wir uns aber, dass sie sich um Arbeit bemühen und diese auch annehmen. Für uns war die Sozialhilfe immer Sprungbrett und keine Hängematte! Das soll sie auch in Zukunft sein.“ ■■

## i NÖ SOZIALHILFE-AUSFÜHRUNGSGESETZ

**Anspruch auf Sozialhilfe haben Österreichische Staatsbürger, Asylberechtigte und Drittstaatsangehörige mit Daueraufenthaltsrecht.** Keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben Asylwerber, Subsidiär Schutzberechtigte und Unions-/EWR-Bürger in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts (danach nur mit Arbeitnehmer-/Selbstständigeneigenschaft nach EU-Recht). Sozialhilfe setzt sich aus Geld- und Sachleistungen zusammen. Das sind Leistungen zur Unterstützung des allgemeinen Lebensunterhalts (Geldleistung – 60 Prozent)

und Leistungen zur Befriedigung des Wohnbedarfs (primär Sachleistung – 40 Prozent). Die Sozialhilfe beträgt für Einzelpersonen nach den derzeit aktuellen Richtsätzen rund 885 Euro/Monat (= Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz 2019). 35 Prozent davon (= 310 Euro im Jahr 2019) sind als „Arbeitsqualifizierungsbonus“ vorgesehen, sie stehen nur dann zu, wenn die Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt gegeben ist. Die Vermittelbarkeit ist gegeben, wenn zumindest Sprachniveau B1 (Deutsch) oder C1 (Englisch) gegeben

ist oder ein Pflichtschulabschluss mit Deutsch als Unterrichtssprache vorliegt. Auch die Einhaltung integrationsrechtlicher Verpflichtungen (Integrationsvereinbarung, Werte- und Orientierungskurs) gilt als Voraussetzung. Die Zuschläge für Kinder sind gestaffelt, jedoch erhält jedes Kind gleich viel. Zusätzlich dazu stehen zudem für jedes Kind Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag zu. Für Alleinerzieher ist zur Abgeltung ihrer Mehrbelastung ein zusätzlicher Zuschlag für Kinder vorgesehen.

## GEMEINDETAG IM ZEICHEN DER NEUWAHLEN

IN GRAZ WERDEN JEDE MENGE SPITZENPOLITIKER ERWARTET

Die Turbulenzen der Innenpolitik und die bevorstehenden Neuwahlen machen es wahrscheinlich, dass sich jede Menge Spitzenpolitiker am Gemeindetag und auf der Kommunalmesse am 27. und 28. Juni tummeln werden. Denn schließlich sollen die Gemeindemandatare dazu motiviert werden, im Wahlkampf für ihre jeweilige Partei zu „rennen“. Generalthema von Gemeindetag und Kommunalmesse ist diesmal aber das Thema Nachhaltigkeit. Beantwortet werden soll unter anderem die Frage, was Ökonomie, Soziales und Ökologie für Österreichs Gemeinden bedeuten. Und natürlich wird auch erläutert, wie die Wirtschaft die Realisierung von nachhaltigen Gemeindeprojekten unterstützen und vorantreiben kann.



FOTO: SHUTTERSTOCK/ BORIS STROUJKO

Der Gemeindetag und die Kommunalmesse finden am 27. und 28. Juni in Graz statt.

Den Auftakt zur Kommunalmesse macht die Verleihung des IMPULS Gemeindeinnovationspreises am Abend des 26. Juni, ebenfalls in Graz. Die eingereichten Projekte zeigen den Ideenreichtum, mit denen sich die Gemeinden neuen Herausforderungen stellen. Über 100 Projekte wurden nominiert. Per Online-Voting

und durch eine prominent besetzte Fachjury wurden die Sieger ermittelt.

<https://gemeindegund.at/gemeindetag>



<https://diekommunalmesse.at>

## Die schnelle Hilfe am Telefon.

Mitten am schönsten Nachmittag kommt Ihr Kind auf Sie zugelaufen, zeigt Ihnen einen Insektenstich. Was tun?

Wenn's weh tut - Rufen Sie 1450, Ihre Gesundheitsberatung am Telefon.

[www.1450.at](http://www.1450.at)



Wenn's weh tut!

 **1450**

Ihre telefonische Gesundheitsberatung



Engagierte Einstellung



Bundesministerium Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

## DAS NÖGEMEINDE PORTRAIT



### STECKBRIEF

NAME | HARALD NIRSCHL  
BERUF | AMTSLEITER  
ORT | GUMPOLDSKIRCHEN

HARALD NIRSCHL, AMTSLEITER IN GUMPOLDSKIRCHEN

# AMTSLEITER ALS TECHNIKPIONIER

VON FRANZ OSWALD

**H**arald Nirschl, seit 24 Jahren Amtsleiter in Gumpoldskirchen: Er schüttelt heute noch den Kopf, wenn er an den Beginn seines Dienstes in der bekannten Weinbaugemeinde denkt.

#### „KEINE AHNUNG VON AMTSLEITUNG“

„Ich hatte keine Ahnung von Kommunalverwaltung, wollte als Nachrichtentechniker einfach einen anderen Job und bin auf diese Amtsleiter-Ausschreibung gestoßen.“ Sein technisches Wissen sollte sich aber noch als Glücksfall herausstellen, nützt ihm doch diese Fähigkeit gerade jetzt, im Zeitalter der Digitalisierung, die selbstverständlich auch vor den Gemeinden nicht halt macht. Harald Nirschl wurde am 23. März 1966 in Traiskirchen geboren und maturierte 1985 an der HTL-Mödling, Abteilung Nachrichtentechnik. HTL-Techniker waren und sind begehrt. Und so landete Nirschl rasch in der Privatwirtschaft, war bei den Großfirmen Siemens und Schrack. Darauf folgte das Kapitel Gumpoldskirchen: die Marktgemeinde suchte einen Amtsleiter. Nirschl: „In meiner Firma gab es eine strukturelle Bereinigung, ich war zeitlich ziemlich belastet, da dachte ich mir: Das wär was, da hätte ich auch mehr Zeit für die Familie.“ Das stellte sich freilich als Irrtum heraus, denn der neue Job

war nicht viel weniger zeitraubend als der alte. Umso mehr, als Nirschl wie erwähnt nur wenig bis keine Ahnung von Amtsleitung hatte. Wozu noch kam, dass er als Amtsleiter sofort, ohne Einführung und Einarbeitung, antreten musste. Die Gemeindeverantwortlichen wollten einfach einen Mann aus der Wirtschaft.

#### GROSSE DYNAMIK IM WEINBAUORT

Am 1. März 1985 war es so weit. „Ich war kaum eine halbe Stunde im Amt, da kam ein Elektriker mit dem Auftrag, das Gemeindeamt EDV-mäßig zu verkabeln. Das passte mir und ich habe sofort mit der Modernisierung der Verwaltung begonnen“, erinnert sich Nirschl. Unmittelbar nach Amtsantritt änderte sich zudem das politische Umfeld. Nach der Gemeindevahl vom 25. März 1995 folgte einem VP-Gemeindecchef ein Namenslisten-Bürgermeister und 14 Monate später ein weiterer Bürgerlisten-Vertreter. Nirschl nutzte die Möglichkeiten der NÖ Kommunalakademie und besuchte einen Amtsleiter-Lehrgang. Erstes Großprojekt in seiner Amtszeit war der Bau einer neuen Kläranlage, die zu einem Musterprojekt wurde. Die neue Art einer Kläranlage, die zu einer rascheren und effizienteren Klärung der Abwässer führte, war ein Pionierprojekt, das jährlich Technik-

studenten zu Studienzwecken nach Gumpoldskirchen bringt.

Es folgten Schulneubauten und ein achtgruppiger Kindergarten. Ja, acht Gruppen, denn Gumpoldskirchen hatte in relativ kurzer Zeit seine Einwohnerzahl von 2500 auf 3900 erhöht. Der Grund: Die Speckgürtel-Gemeinde erlebte eine große Ansiedlungswelle, allein Novomatic brachte 1800 Arbeitsplätze.

„Diese Entwicklung ist dem Raumordnungsprogramm geschuldet, das Betriebs-, Wohn- und Grüngelände vorbildlich trennt“, streut Nirschl den weitblickenden Gemeindevätern Rosen. Mit VP-Bürgermeister Köck kam noch zusätzlich Dynamik in die Gemeinde, die auch mit ihrer Wein- und Heurigenkultur den vielen Zusiedlern hohe Lebensqualität bietet.

#### TOP-TERMINE UND WINDHUNDE

Harald Nirschl selbst blieb ein Lernender und absolvierte zwei Public-Management-Lehrgänge der Kommunalakademie, zuletzt jenen für Kommunalrecht an der Donau-Uni Krems. Prominenz jeder Art gibt sich bei Weinfesten und anderen Top-Terminen ein Stelldichein. Ein Zuzügler mit Windhund wollte eine Hunde-Rennbahn errichten. Sehr viel von alldem geht über den Schreibtisch des Amtsleiters. ■■

## KULTUR

# JÜDISCHES MUSEUM FÜR ZEITGESCHICHTE

IN BAD ERLACH ERHÄLT MAN EINBLICKE IN DAS SCHICKSAL JÜDISCHER FAMILIEN VON FRANZ OSWALD

Mit einer musealen Sonderleistung wartet seit kurzem die Industrieviertel-Gemeinde Bad Erlach auf: Auf Initiative von Bürgermeister Hans Rädler und unter der Projektleitung seines Sohnes Christian Rädler entstand die Ausstellung „Mit ohne Juden“. Gezeigt wird die Ausstellung im Hackerhaus, dem ehemaligen Wohn- und Geschäftshaus der jüdischen Familie Hacker, das um einen modernen Anbau ergänzt wurde und jetzt 250 Quadratmeter Ausstellungsfläche bietet. Man erfährt nicht nur über das Leben der Familie Hacker, sondern auch über jenes von zahlreichen jüdischen Familien der Buckligen Welt und des Wechselgebietes, die vom NS-Regime vertrieben oder ermordet wurden.

## BESONDERE AURA

Die zahlreichen Ausstellungsstücke und die moderne Aufbereitung, kuratiert von Martha Keil, Leiterin des Instituts für jüdische Geschichte, geben dem Museum eine besondere Aura.

Der Inhalt stammt von den Verantwortlichen des Forschungsprojekts „Eine versunkene Welt“ – Johann Hagenhofer, Werner Sulzgruber und Gert Dressel – und einigen Hobbyhistorikern.

## GRAUSAME SCHICKSALE

Die Schau zeigt das Leben und sehr oft grausame Schicksal der jüdischen Familien der Region. Es gibt zahlreiche Leihgaben der meist vertriebenen Nachfahren, von denen immerhin 35 aus den USA, Kanada, England und Israel zur Eröffnung gekommen waren.

Die Ausstellungsräume sind technisch bestens ausgestattet, von audiovisuellen und interaktiven Stationen bis zu Filmsequenzen, Hörbüchern und Originalobjekten des jüdischen Lebens.

Die Eröffnung war ein Ereignis der besonderen Art, bei dem sich die jüdischen Besucher



Gemeinderat Christian Rädler, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, die Ur-Enkelin von Simon Hacker, Liselotte Kastner-Adler, Kuratorin Martha Keil, Landesrat Martin Eichtinger und Bürgermeister Hans Rädler.

mit den einheimischen Bewohnern teils sehr emotional austauschten.

Für Gemeinderat Christian Rädler ist das neue Museum ein „Zentrum der Erinnerung“. Es ist auch als Beitrag zur Landesausstellung in Wiener Neustadt zu sehen, die unter dem Motto „Welt in Bewegung“ steht. ■■■

**Das Museum ist jeweils Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag von 9 bis 17 Uhr geöffnet.**



FOTO: SHUTTERSTOCK/ILMARINFOTO

Auch beim Fotografieren auf öffentlichen Veranstaltungen ist die Einholung einer Zustimmung zur Abbildung und Veröffentlichung zu empfehlen.

## DATENSCHUTZ

# WELCHE FOTOS DÜRFEN VERÖFFENTLICHT WERDEN?

VOR GUT EINEM JAHR TRAT DIE DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG DSGVO IN KRAFT. SEITHER BESTEHT OFT UNKLARHEIT DARÜBER, WELCHE FOTOS UND VIDEOAUFNAHMEN, DIE IM RAHMEN VON VERANSTALTUNGEN GEMACHT WERDEN, VERÖFFENTLICHT WERDEN DÜRFEN. VON WOLFGANG HEUFLER

### Was müssen Vereine bei Foto-/ und Videoaufnahmen bei öffentlichen Veranstaltungen beachten, damit grundsätzliche Rechtssicherheit gewährleistet ist?

Das Recht am eigenen Bild war schon lange vor dem Datenschutz durch das Urheberrechtsgesetz besonders geschützt. Dieses verlangte vor jeder Veröffentlichung eines Bildes, aber auch von Tonaufnahmen, die Zustimmung des Betroffenen. Diese Zustimmung muss freiwillig und ausdrücklich erfolgen, sie muss daher im Bestreitungsfall auch beweisbar sein.

Nur Übersichtsaufnahmen an öffentlichen Orten und Personen im öffentlichen Interesse (etwa Politiker) waren auch ohne Zustimmung abbildbar. Der höchstpersönliche Bereich (Intimbereich) war aber auch für diese exponierten Personen immer schon geschützt und tabu.

Zusätzlich ist nun auch das Datenschutzrecht für Bildaufnahmen und Verarbeitung dieser Daten zuständig, wir haben hier also einen doppelten Schutz der Persönlichkeitsrechte und der personenbezogenen Daten durch UrhG und DSGVO bzw. DSGVO 2018.

Es ist daher jede Verarbeitung von Bild-,

AUSNAHMEN SIND ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM IM RAHMEN EINER EVENTBERICHTERSTATTUNG OHNE HERVORHEBUNG EINZELNER PERSONEN.



PROF. DR. WOLFGANG HEUFLER IST RECHTSANWALT UND DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER DES NÖ GEMEINDEBUNDES

Video- und Tondaten nur zulässig, wenn ein Rechtfertigungsgrund nach Artikel 6 DSGVO vorliegt oder eine gesetzliche Grundlage besteht.

Eine Besonderheit stellt das Medienprivileg dar, welches etwa die Vereinszeitung in Anspruch nehmen kann. Aber auch hier erspart sich der Medieninhaber nur viele formale Pflichten der DSGVO (etwa Befehlspflichten), **nicht aber die Zustimmung** des Abgebildeten.

Ausnahmen sind wiederum öffentliche Veranstaltungen im öffentlichen Raum im Rahmen einer Eventberichterstattung ohne Hervorhebung einzelner Personen.

Die Abgrenzung zur Einzelaufnahme ist sehr schwierig, im Zweifel empfehle ich daher die Einholung einer Zustimmung zur Abbildung und Veröffentlichung. Für Vereinsmitglieder kann dies auch bereits beim Beitritt geschehen, wenn die Erklärung entsprechend klar formuliert ist.

### Welchen Strafrahmen gibt es bei Verstößen wie etwa gegen Grundsätze der Datenverarbeitung oder Verletzung von Rechten Betroffener?

Die Strafbestimmungen der unmittelbar

anwendbaren Datenschutzgrundverordnung der EU (DSGVO) sind in Hinblick auf die Zielgruppe amerikanischer Datenkraken wie Google, Facebook usw. sehr streng und können bis zu 20 Millionen Euro pro Verstoß oder vier Prozent des Jahresumsatzes gehen, je nachdem was höher ist.

Die Datenschutzbehörde in Österreich ist vom Gesetz her angewiesen, vorerst mit Ermahnung vorzugehen. Allerdings ist die Behörde weisungsfrei und das Gesetz ist widersprüchlich zur EU-DSGVO, die nach Meinung meiner Kollegen Vorrang hat.

Jedenfalls sind die Strafen potentiell exorbitant und existenzgefährdend hoch.

Dazu gibt es noch einen Schadenersatzanspruch des Betroffenen nach Art. 82 DSGVO, der im Zivilrechtsweg durchsetzbar ist.

Weiters gebührt einem Betroffenen möglicherweise noch ein Entgelt für die Abbildung. Medienrechtliche weitere Ansprüche (z. B. Richtigstellung, Widerruf, Entgegnung) bleiben unberührt und können dazukommen.

Für Mobbing (etwa das unverpixelte Zeigen des Gesichtes des spuckenden Lehrers an einer HTL in Wien im Internet) kann nach § 107c des Strafgesetzbuches bis zu einem Jahr Haft verhängt werden oder eine gerichtliche Geldstrafe folgen. Dies ist dann eine gerichtliche Vorstrafe mit allen damit verbundenen Nachteilen.

Es zahlt sich also aus, entsprechend vorzukehren und Genehmigungen einzuholen, die auch inhaltlich eine gerichtliche Prüfung bestehen und so Schutz bieten. ■■■

## EINWILLIGUNG PER ONLINE-TOOL

Datenschutz ist auch für Vereine eine große Herausforderung. Um das aktive Vereinsleben in Bild und Text der Öffentlichkeit zu präsentieren, muss laut Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zum Schutz der Privatsphäre der abgebildeten Personen eine unterfertigte Einwilligung vorliegen.

„Die Abwicklung muss praktikabel sein, Rechtssicherheit für Vereine unterstützen und im Zeitalter der Digitalisierung papierlos sein“, sagt der Bürgermeister der Marktgemeinde Hürm, Johannes Zuser. „Mit dem Online-Tool [www.dsgvo-services.com](http://www.dsgvo-services.com) haben wir ein digitales Dienstleistungsangebot gefunden, dass wir als Service für die Vereine gratis zur Verfügung stellen.“



Die Obfrauen und Obmänner der Hürmer Vereine informierten sich über die neue Serviceleistung, die von der Gemeinde im Zuge der DSGVO für Vereine geboten wird.

# VERLÄSSLICH. LEISTBAR. WOHNEN.

**WET** GEMEINSAM. BESSER. BAUEN.  
gruppe

**MELK, ABT-KARL-STRASSE 44 & 46** (HWBSK 18-21,2 | fGEE 0,51-0,55)

- ▶ geförderte Wohnungen und Reihenhäuser in Zentrumslage
- ▶ mit Tiefgarage, Lift, Balkon oder Terrasse
- ▶ Miete mit Kaufrecht oder Sofort-Eigentum
- ▶ Wohnzuschuss möglich
- ▶ **z. B.: 72m<sup>2</sup> mtl. EUR 634,-\***

einmaliger Finanzierungsbeitrag EUR 29.980,-

Unser weiteres Wohnungsangebot in ganz Niederösterreich finden Sie unter [www.wet.at](http://www.wet.at)

\*inkl. Betriebs- und Verwaltungskosten, exklusive Energiekosten

Weitere Infos erhalten Sie:

**WETgruppe:** Büro St. Pölten ..... Fr. Lintner ..... T 0676/9122090  
Hr. Ringsmuth ..... T 0664/60674303

[wohnen@wet.at](mailto:wohnen@wet.at)  
[www.wet.at](http://www.wet.at)



## RECHTSPRECHUNG

## STOLPERSTEIN BAURECHT?

AKTUELLES AUS DER JUDIKATUR DER HÖCHSTGERICHTE UND DES LANDESVERWALTUNGSGERICHTS

VON JANINE EICHHORN

JUDIKATUR DES  
VERFASSUNGSGERICHTSHOFES (VFGH)

Es wurden keine Entscheidungen im relevanten Beobachtungszeitraum veröffentlicht.

JUDIKATUR DES  
VERWALTUNGSGERICHTSHOFES (VWGH)

## VERMUTETER KONSENS

VwGH vom 17. Dezember 2018,  
Ra 2018/05/0264

Die Rechtsvermutung der Konsensmäßigkeit einer alten Baulichkeit kommt nur dann in Betracht, wenn der Zeitpunkt der Erbauung des Altbestandes so weit zurückliegt, dass die Erteilung der Baubewilligung fraglich scheint, oder bestimmte Indizien dafür sprechen, dass trotz des Fehlens behördlicher Unterlagen von der Erteilung einer Baubewilligung auszugehen ist (wenn auch bei ordnungsgemäß geführten Archiven die Wahrscheinlichkeit, noch entsprechende Unterlagen auffinden zu können, erfahrungsgemäß nicht mehr besteht). Ein Anfang der 1960er Jahre errichtetes Gebäude ist nicht als alter Bestand anzusehen.

Weder die Tatsache, dass die Baubehörde nach Errichtung des Gebäudes Anfang der 1960er Jahre keinen baupolizeilichen Auftrag erlassen hat, noch der Umstand, dass auf den

„BEI DER  
BAUBEGINNS-  
ANZEIGE ERGIBT  
SICH EIN **GEBOT DER  
SCHRIFTLICHKEIT;**  
DARÜBER  
HINAUSGEHENDE  
FORMVORSCHRIFTEN  
BESTEHEN NICHT.“



umliegenden Grundstücken Gebäude errichtet wurden, für die gleichfalls keine Baubewilligungen vorliegen, vermögen die Konsensmäßigkeit des Gebäudes zu begründen. Wenn nicht einmal eine Benützungsbewilligung, bei der es in der Sache um die Frage der konsensgemäßen Bauherstellung geht, und ebenso nicht das Wissen der Behörde über den baulichen Istzustand einen erforderlichen Baukonsens zu ersetzen vermögen, kommt auch anderen behördlichen Akten (Vergabe von Ordnungsnummern für das gegenständliche Wohnobjekt, Entgegennahme und Durchführung der Wohnsitzmeldung) eine solche Wirkung nicht zu.

## NACHBARRECHTE

VwGH vom 22. Januar 2019,  
Ra 2018/05/0272

Da im Baubewilligungsverfahren das in den Einreichplänen und sonstigen Unterlagen dargestellte Projekt zu beurteilen ist, ist auch eine Beeinträchtigung von Nachbarrechten nur anhand des in den Einreichplänen dargestellten Projektes zu beurteilen und kommt es nicht darauf an, welcher tatsächliche Zustand besteht oder ob die Bauausführung tatsächlich anders erfolgt, als im beantragten Projekt angegeben ist.

**Das Baurecht gehört zu den bedeutendsten Rechtsmaterien im Alltag der Gemeinden und ist auch für das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich (NÖ LVwG) von erheblicher Relevanz.**

Mit dieser neuen Serie wird versucht, den interessierten Leserinnen und Lesern einen gemeindeorientierten Überblick über die im Rechtssystem des Bundes (RIS) veröffentlichte, maßgebliche Judikatur des

Verfassungsgerichtshofes (VfGH), des Verwaltungsgerichtshofes (VwGH) sowie des Landesverwaltungsgerichtes Niederösterreich (NÖ LVwG) zum Niederösterreichischen Baurecht zu verschaffen, um damit insbesondere jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die damit in den Rathäusern und Gemeindeämtern tagtäglich befasst sind, eine ergänzende Informationsquelle zu bieten. In dieser Ausgabe werden ausgewählte,

in den Monaten Jänner und Februar 2019 veröffentlichte Entscheidungen beleuchtet.

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei allen wiedergegebenen Entscheidungen um Kürzungen handelt; insbesondere sind umfangreiche Begründungen, Vorjudikatur, Literaturangaben und dergleichen entfallen. Es empfiehlt sich daher bei allen Entscheidungen das Studium des Volltextes.



## JUDIKATUR DES LANDESVERWALTUNGSGERICHTS NIEDERÖSTERREICH

### VERFAHRENSRECHTLICHES

#### NÖ LVwG vom 19. Dezember 2018, LVwG-AV-495/001-2014

Es kommt bei Anbringen [hier: Bauansuchen] nicht auf die Bezeichnung, sondern vielmehr auf den Inhalt an, demnach auf das erkennbare oder zu erschließende Ziel, um beurteilen zu können, welches Begehren einem Anbringen zugrunde liegt, wobei eine Behörde den Gegenstand eines Anbringens von Amts wegen – etwa durch einen Verbesserungsauftrag oder durch Vernehmung des Antragstellers – zu ermitteln hat, wenn dieses einen unklaren oder einen nicht genügend bestimmten Inhalt aufweist; ein sofortiges Zurückweisen des Antrages ist nicht zulässig.

#### NÖ LVwG vom 20. Dezember 2018, LVwG-AV-365/001-2014

Ein bewilligungspflichtiges Bauvorhaben wird durch die Erstattung einer Bauanzeige [und folgende Nicht-Untersagung] nicht zu einem anzeigepflichtigen Bauvorhaben. Die Baubewilligung ist ausnahmslos ein antragsbedürftiger Verwaltungsakt, der ohne Vorliegen eines darauf gerichteten Antrages rechtswidrig ist.

#### NÖ LVwG vom 27. Dezember 2018, LVwG-AV-437/001-2018

Wurden hinsichtlich einer Baubewilligung, die bezüglich Teilen des Bauvorhabens wegen Nichtinanspruchnahme bzw. Überholung keine Wirksamkeit mehr entfaltet, trennbare Teile des Bauvorhabens konsensgemäß errichtet, besteht an der Zustellung dieses

Bescheides an eine übergangene Partei (anders als wenn die Baubewilligung komplett erloschen wäre) im Lichte des verfolgten Rechtsschutzzieles auch weiterhin ein Rechtsschutzbedürfnis.

Bei der Baubeginnsanzeige ergibt sich ein Gebot der Schriftlichkeit; darüberhinausgehende Formvorschriften bestehen nicht. Aus der Formfreiheit von Baubeginnsanzeigen folgt, dass jedenfalls eine Fertigstellungsanzeige stets auch eine Baubeginnsanzeige miteinschließt, weil die Fertigstellung eines Bauvorhabens ohne Baubeginn nicht denkbar ist. Mit der Fertigstellungsanzeige wird somit eine (gesetzwidrig) unterbliebene Baubeginnsanzeige jedenfalls nachgeholt.

#### NÖ LVwG vom 9. Januar 2019, LVwG-AV-299/001-2017

Ist zur Erteilung der [Bau]Bewilligung die Vorlage weiterer Unterlagen notwendig, ist dem Bauwerber die Nachreichung dieser Unterlagen in Anwendung des § 13 Abs. 3 AVG aufzutragen und sein Ansuchen, wenn er die Unterlagen nicht innerhalb der eingeräumten Frist vorgelegt hat und auf die Rechtsfolgen der Fristversäumnis hingewiesen worden ist, gemäß § 13 Abs. 3 AVG zurückzuweisen.

Gleiches muss auch für unvollständige (Plan-) Unterlagen gelten.

Die Zustimmung des Liegenschaftseigentümers und die Vollständigkeit der Antragsbeilagen gemäß § 18 NÖ BauO 1996 sind gleichrangige Voraussetzungen für die Beurteilung des [Bau]Ansuchens, weshalb es im Ermessen der Behörde liegt, welche Voraussetzungen sie in welcher Reihenfolge prüft bzw. hinsichtlich welcher erforderlichen Dokumente sie zuerst einen Verbesserungsauftrag erteilt. ■■

Ein Anfang der 1960er Jahre errichtetes Gebäude ist nicht als alter Bestand anzusehen.



MAG. JANINE EICHORN  
IST WISSENSCHAFTLICHE  
MITARBEITERIN DES  
LANDESVERWALTUNGSGERICHTS  
NIEDERÖSTERREICH

## NÖ BÜRGERMEISTERTAG

# VON HAFTUNGSFRAGEN BIS ZU CHANCEN FÜR GEMEINDEN

ÜBER 200 BESUCHERINNEN UND BESUCHER NAHMEN DIESES JAHR AM SCHON TRADITIONELLEN BÜRGERMEISTERTAG DER NÖ GEMEINDEBERATUNG AM 14. MAI 2019 IM LANDTAGSSITZUNGSZAAL TEIL.

Nach den Grußworten von NÖ Gemeindebund-Vizepräsident Karl Moser und dem Präsidenten des SP-GVV, Rupert Dworak, beschäftigte sich Kommunalakademie-Chef Harald Bachhofer mit den durch die VRV 2015 notwendigen Änderungen der NÖ Kassen- und Buchführungsverordnung (neu: NÖ Gemeindehaushaltsverordnung). Eine Umsetzung der Änderungen soll noch in diesem Jahr erfolgen.

## THEMA BETRIEBSPRÜFUNGEN

Im Doppelpack führten Ursula Stingl-Lösch von der NÖ Gemeindeberatung und Alexander Lang von Deloitte durch zwei unliebsame Themenbereiche des Steuerrechts: Während Stingl-Lösch den Tagungsteilnehmern die Grundlagen und den Ablauf von Betriebsprüfungen näherbrachte, griff Lang die finanzstrafrechtlichen Konsequenzen von Betriebsprüfungen auf und lieferte einen Überblick von den betroffenen Personen bis hin zur möglichen Selbstanzeige für den Fall, wenn was passiert ist.

Nach einer kurzen Pause war mit den Haftungsthemen noch nicht Schluss: Andreas Freudensprung von der Hypo NOE First Facility informierte über die Haftung im Zusammenhang mit den Verkehrssicherungspflichten, der Gebäudehaftung und der Wegehalterhaltung von Gebäudeeigentümern, und welche Vorkehrungen hier getroffen werden können.

Auch in diesem Jahr verschaffte Gerhard Riedel von der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien einen umfassenden Überblick über die Lage an den Finanzmärkten. Er spannte in leicht verständlicher Weise einen Bogen von der Entwicklung der vergangenen Monate und Jahre über den Ist-Stand hin zu den Erwartungshaltungen für die nächsten Monate – insbesondere im Bereich der sozialpolitischen Indikatoren, aber auch der Entwicklung der Zinssätze und der Inflation.



Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Bundesministerin Margarete Schramböck und Steuerberater Gerhard Picher.

FOTO: NIK PFEIFFER

## MINISTERIN ERLÄUTERTE DIE DIGITALISIERUNG

Dass das Thema „Digitales Amt“ mehr umfasst als den elektronischen Akt, brachte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Ministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Margarete Schramböck, näher. Sie verwies in ihrem Vortrag auf die Vielzahl von Möglichkeiten der Digitalisierung, welche nicht nur in der Administration und bei Behördenwegen zu finden seien, sondern erläuterte auch die Chancen für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich, die sich durch die Digitalisierung ergeben.

Zum Schluss der Veranstaltung teilte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner ihre Gedanken zu den Chancen der Gemeinden mit dem Auditorium. Neben der Nutzung der Digitalisierung zur Stärkung des ländlichen Raumes ist es unumgänglich, den Individualverkehr an den öffentlichen Verkehr anzubinden und so die Mobilität in allen Regionen Niederösterreichs zu gewährleisten. ■■

## ZUR PERSON

Die Vortragsunterlagen zum Bürgermeistertag können bei der NÖ Gemeindeberatung angefordert werden:

Tel. 02742/32 186,  
E-Mail:  
office@noebg.at

# ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION BEI DER E-VERGABE

WELCHE PROJEKTE SIND BETROFFEN?

Das Bundesvergabegesetz (BVerG) 2018 bringt Neuerungen bei der operativen Durchführung von Vergabeverfahren. Besonders betroffen ist die Kommunikation zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und den Bewerbern/Bietern. Das Gesetz gibt folgende konkrete Vorgaben, welche Kommunikationsmethoden und -mittel der öffentliche Auftraggeber verwenden darf (§ 48 BVerG 2018):

▶ Bei Vergabeverfahren im Oberschwellenbereich – dies sind all jene Verfahren, in denen der geschätzte Auftragswert zumindest 221.000 Euro bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen bzw. 5.548.000 Euro bei Bauaufträgen beträgt – hat die Kommunikation verpflichtend elektronisch zu

erfolgen (Pflicht zur E-Vergabe).

- ▶ Werden diese Schwellenwerte nicht erreicht, besteht für den öffentlichen Auftraggeber Wahlfreiheit. Der öffentliche Auftraggeber kann frei zwischen der elektronischen Kommunikation, der Kommunikation über den Postweg, der Kommunikation über einen anderen geeigneten Kommunikationsweg oder einer Kombination mehrerer Kommunikationswege wählen.
- ▶ Die mündliche (auch telefonische) Kommunikation ist nur insoweit zulässig, soweit diese keine wesentlichen Bestandteile des Vergabeverfahrens betrifft. Mündlich mitgeteilte Teilnahmeanträge, Angebote, Aufforderungen zur Angebotsabgabe etc. sind unzulässig.



Bei Vergabeverfahren im Oberschwellenbereich hat die Kommunikation verpflichtend elektronisch zu erfolgen.

## Schramm Öhler Rechtsanwälte

Herrengasse 3-5, 3100 St. Pölten

[schramm-oebler.at](http://schramm-oebler.at)

[kanzlei@schramm-oebler.at](mailto:kanzlei@schramm-oebler.at)

01/ 409 76 09



# WO GIBT ES DIE MEISTEN „NATUR IM GARTEN“-PLAKETTEN?

DIE SIEGERGEMEINDE GEWINNT EIN GARTENFEST IM WERT VON 3.500 EURO

„Natur im Garten“ sucht im Jahr des 20-jährigen Jubiläums die Gemeinde mit den meisten „Natur im Garten“-Plaketten für Privatgärten.

„Ausgezeichnet werden jene Gemeinden, die den größten Zuwachs an Gärten mit der ‚Natur im Garten‘ Plakette verzeichnen können“, so Landesrat Martin Eichtinger.

In Niederösterreich zieren über 15.500 „Natur im Garten“-Plaketten die Gartenzäune privater Naturgärtner. Die Plakette wird im Rahmen einer persönlichen Beratung gemeinsam mit einer Urkunde im eigenen Garten verliehen.

Für Gemeinden bietet „Natur im Garten“ ein besonderes Service: Bei „Plakettenaktionstagen“, an denen sich mindestens fünf Plakettenbe-

werber pro Ortschaft zusammenfinden müssen, gilt ein vergünstigter Unkostenbeitrag von 10 statt 30 Euro pro Plakette.

## GARTENFEST ZU GEWINNEN

Der Landessieger des „Natur im Garten“-Plakettenwettbewerbs erhält ein „Natur im Garten“-Festpaket im Wert von 3.500 Euro mit Gartenon-Tour-Bus, Kinderprogramm, einem Vortrag von Radio NÖ Gärtner Hannes Käfer, 1.000 Samensackerln sowie 1.000 Hochbeetbroschüren. Die Sieger jedes Viertels erhalten ein Paket im Wert von 1.500 Euro. Die Bezirkssieger werden im Rahmen der „Natur im Garten“ Frühjahrstour 2020 von Landesrat Martin Eichtinger ausgezeichnet.



In Niederösterreich zieren über 15.500 „Natur im Garten“-Plaketten die Gartenzäune privater Naturgärtner.

Anmeldung zu den „Natur im Garten“-Plakettenaktionstagen beim „Natur im Garten“-Telefon

0123 456 789



## AKADEMIE 2.1

# VORBEREITUNGEN FÜR GEMEINDEWAHLEN BEGINNEN

AUCH WENN JETZT NOCH EINE VORGEZOGENE NATIONALRATSWAHL ZU SCHLAGEN IST, BEREITET DIE AKADEMIE 2.1 DIE FUNKTIONÄRINNEN UND FUNKTIONÄRE DER VOLKSPARTEI NIEDERÖSTERREICH AUCH SCHON AUF DIE GEMEINDEWAHLEN VOR.

Für die Gemeindevahlen ist ein zielgerichtetes Schulungsangebot geplant. Es wird vier Arten von Angeboten geben:

- ▶ Regionsangebote (finden in allen fünf Regionen statt)
- ▶ Bezirksangebote (finden in jedem Bezirk statt)
- ▶ Spezialangebote
- ▶ Gemeindeangebote

## REGIONSANGEBOT

### Zeit- und Wahlkampfmanagement

Zeitmanagement im Wahlkampf, Nutzung der Netzwerke für Arbeitsteilung, Teamführung, Motivationsfaktoren.

### Politische Rhetorik

In diesem Seminar lernen Sie, Ihre Botschaft in Ihrem Sinne souverän zu transportieren, in schwierigen Situationen in der Spur zu bleiben, komplexe Inhalte in 20 Sekunden auf den Punkt zu bringen und niemals den roten Faden zu verlieren.

### Social Media für KandidatInnen

In diesem Seminar lernen Sie, Botschaften und Anliegen wirkungsvoll auf Social Media verbreiten, Community aktivieren, Social Media Kanäle, richtiges Rüstzeug an bewährten Methoden und Tools ausgestattet, um den eigenen Social Media Auftritt wirkungsvoll zu gestalten.

### Wahlkampf vor Ort

Rollenverständnis als KandidatIn in einem Wahlkampfteam, praxisnahe Übungen, rechtliche Rahmenbedingungen, Aktionismus, Wahlkampfplanung und Umsetzung, Zielgruppenwahlkampf.

## BEZIRKSANGEBOT: HAUSBESUCHE & BÜRGERKONTAKTE

In diesem Seminar lernen Sie:



Gut zu reden kann man lernen.

SHUTTERSTOCK/ DALLAZ

Erfolgreiche Bürgergespräche bei Straßenaktionen, Bürgergespräche allgemein, Hausbesuche.

## GEMEINDEANGEBOT

Sie möchten gerne ein individuelles Gemeindepaket geschnürt haben? Ihre Kolleginnen und Kollegen wünschen sich ein spezielles Fachseminar?

## SPEZIALANGEBOT

### Besser verhandeln – mehr erreichen

In diesem Seminar lernen Sie: Intensives Verhandlungstraining inklusive Verhaltensanalyse; Sie lernen alles, was Sie für eine schwierige Verhandlung wissen müssen.

### Stimm- und Sprechtraining

In diesem Seminar lernen Sie: Basiswissen über die kommunikationspsychologische Wirkung von Sprache und Stimme, entspanntes Sprechen durch die richtige Atmung, raumfüllendes Sprechen und mehr Präsenz durch gekonnten Stimmeinsatz, mehr Prägnanz & Überzeugungskraft, Übungsanleitung, um Stimme und Sprechtechnik weiter zu verbessern.

Die Teilnahme an diesem Seminarangebot ist kostenfrei! Dieses Angebot wird zu 100 Prozent von der Volkspartei Niederösterreich, dem NÖ Gemeindebund und dem Landtagsklub der VPnÖ gefördert. ■■

Die Akademie 2.1 konzeptioniert gerne individuelle Angebote.

✉ [office@akademie21.at](mailto:office@akademie21.at)  
 ☎ 02742/9020-1680  
 🌐 [www.akademie21.at](http://www.akademie21.at)

## SICHERHEIT

# DER ZIVILSCHUTZVERBAND ALS PARTNER DER GEMEINDEN

DER NIEDERÖSTERREICHISCHE ZIVILSCHUTZVERBAND IST DER PARTNER DER GEMEINDEN, WENN ES DARUM GEHT, GEFAHRENQUELLEN ZU ORTEN, PRÄVENTIONSMASSNAHMEN ZU ERARBEITEN UND FÜR DEN ERNSTFALL ZU ÜBEN. DAFÜR WERDEN STÄNDIG NEUE PROGRAMME ENTWICKELT.

Ein erfolgreiches Katastrophenschutzmanagement beginnt mit dem Erkennen von Gefahren und Risiken bzw. bei deren Beurteilung. Erst dann ist die Voraussetzung für eine gute Planung und Information gegeben.

## GEFAHRENPOTENTIALE ÄNDERN SICH

Bei der Generalversammlung des NÖZSV im Frühjahr wurde die „KKM NÖ – Strategie 2019“ vorgestellt. Mit dieser Strategie soll nicht nur die Vorbereitung für mögliche Katastrophen weiter verbessert werden, es wird damit auch auf veränderte Gefahrenpotentiale sowie auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Denn in Zeiten von extrem schnellen Medien und sozialen Netzwerken ist auch die mediale Bewältigung einer Krise unerlässlich geworden.

Die Strategie 2019 bietet den Kommunen und Bezirken vier Schritte zu einem effizienten Krisen- und Katastrophenschutzmanagement an.

- ▶ Der erste Schritt sind Impulsreferate bei den Bürgermeisterkonferenzen (Dauer etwa 15 Minuten) zum Thema KKM auf Gemeindeebene. Ihr Ziel ist vor allem Bewusstseinsbildung und Motivation.
- ▶ Der zweite Schritt ist ein Informationsabend, zu dem die Bezirkshauptmannschaften einladen. Er dauert etwa drei Stunden und verdeutlicht an Hand von Beispielen, dass Katastrophenschutzplanung nicht nur notwendig, sondern durchaus machbar ist. Auch hier spielt Motivation zur Umsetzung eine große Rolle.
- ▶ Im dritten Schritt werden alle, die an der Planung und im Ernstfall bei der Umsetzung beteiligt sind, geschult und ausgebildet. Das Ausbildungsangebot des NÖZSV umfasst dabei alle Bereiche – von der Basisausbildung bis hin zur Schulung im Umgang mit Medien, von Planspielen bis

„IN ZEITEN VON EXTREM SCHNELLEN MEDIEN UND SOZIALEN NETZWERKEN IST AUCH DIE MEDIALE BEWÄLTIGUNG EINER KRISE UNERLÄSSLICH GEWORDEN.“



FOTO: NÖZSV/CHRIS LENEIS

Bei der Generalversammlung des NÖZSV berichteten Bürgermeister über ihre Zusammenarbeit mit dem Niederösterreichischen Zivilschutzverband. Im Bild: Vzbgm. Huber Hauer (Gmünd), Bgm. Gernot Hainzl (Röhrenbach), Bgm. Arthur Rasch (Hofstetten-Grünau), Bgm. Bernhard Kerndler (Krummnußbaum). Im Hintergrund NÖZSV-Präsident Bgm. Christoph Kainz

zu Hilfen zur Information und Einbindung der Bevölkerung.

- ▶ Der vierte Schritt ist dann eine etwa sechsstündige Übung im Bezirk. Sie soll einerseits die Umsetzbarkeit der Katastrophenschutzpläne zeigen, andererseits werden die Stabsmitarbeiter der jeweiligen BH und die Einsatzleitungen der beteiligten Gemeinden trainiert. Etwaige Probleme oder Schwachstellen können erkannt und gelöst werden.

## GMÜND UND TULLN ALS PILOTBEZIRKE

Im Jahr 2019 wird dieses Konzept in zwei Pilotbezirken erprobt, nämlich in den Bezirken Gmünd und Tulln. Ab 2020 soll es in ganz Niederösterreich umgesetzt werden. Schon jetzt und dann auch begleitend bietet der Niederösterreichische Zivilschutzverband den Gemeinden Plakate für die Gemeindeämter oder Checklisten zu allgemeinen Themen, er bildet aber auch Stabstrainer aus, die dann den Gemeinden für die Unterstützung vor Ort zur Verfügung gestellt werden können. ■■

## GEMEINDEBUNDEISE

# HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN IN RUMÄNIEN

DER GEMEINDEBUND BESUCHT SEIT DEM JAHR 2007 DAS JEWEILS VORSITZFÜHRENDE EU-LAND, UM DORT IN GESPRÄCHEN MIT GEMEINDEVERTRETERN UND POLITIKERN EINEN BLICK ÜBER DEN TELLERRAND ZU WERFEN. DIESES MAL GING ES NACH RUMÄNIEN, DAS SEIT 2007 MITGLIED DER EU IST. **VON ANDREAS STEINER**

Schon bei der Ankunft in der Hauptstadt Bukarest erwartete uns eine pulsierende Metropole mit rund zwei Millionen Einwohner. Die gigantomanischen Prunkbauten der kommunistischen Ära Ceausescu imponierten und sind auch gleichzeitig Symbol für die Überwindung des sozialistischen Regimes. Das Parlament, mit seinen mehr als 5000 Räumen, ist das größte Zivilgebäude der Welt. Als Sitz demokratischer Institutionen ist es heute ein Ort der Gestaltung der rumänischen Zukunft.

## BUNDESLÄNDER GIBT ES NICHT

In Rumänien gibt es 3181 Gebietskörperschaften. Davon sind 2862 Landgemeinden und der Rest Städte, also 319. Der Staat generell ist, ähnlich dem französischen Modell, zentralistisch organisiert. Die ursprünglich historischen Landesteile haben keine Funktion.

Über den Gemeinden bestehen die 41 Kreise („judet“) und die Hauptstadt Bukarest. „Bundesländer“ wie in Österreich gibt es in Rumänien nicht.

Die Gemeinden sind überproportional von staatlichen Zuschüssen und Bedarfszuweisungen abhängig. Diese machen ca. 83 Prozent des durchschnittlichen Gemeindehaushalts aus. Gemeindeeigene Steuern machen nur etwa 10,2 Prozent Anteil am Budget der Kommunen aus. Für Investitionen in die Infrastruktur sind die Kommunen zu einem hohen Grad von EU-Fördermitteln abhängig. Die Ko-Finanzierungen seitens der EU werden in den Gemeinden klar und groß kommuniziert, indem bei den Bauvorhaben große Tafeln mit den Projektbeschreibungen und den EU-Fördermitteln angebracht sind.

## PROSPERIERENDE REGIONEN

In der 5200 Einwohner-Gemeinde Maracineni lud Bürgermeister Nicolae-Liviu Dascalu die



NÖ Gemeindebund-Vizepräsident Karl Moser, die Tennisspielerin Nicoleta-Catalina Dascalu (Tochter des Bürgermeisters von Maracineni), Präsident Alfred Riedl, Botschafterin Isabel Rauscher, Vizepräsident Hannes Pressl und Vizepräsidentin Brigitte Ribisch.

Gemeindebund-Delegation gemeinsam mit dem Verband der Kommunen Rumäniens und acht Bürgermeistern aus fast allen Regionen des Landes zu einer Besichtigungstour in der Gemeinde ein.

Die Gemeinde Maracineni liegt in einer Region mit vielen produzierenden Unternehmen. So liegt in der angrenzenden Stadt Pitesti etwa der Hauptsitz des rumänischen Automobilproduzenten Dacia.

5,5 Millionen Rumänen leben im Ausland und überweisen rund 40 Milliarden Euro pro Jahr in die Heimat.

Für die Gemeinden ist diese Entwicklung eine Herausforderung, weswegen die Bürgermeister mit aller Kraft daran arbeiten Unternehmen in ihre Region zu holen und damit den Bürgern Perspektiven zu ermöglichen. Ein Problem ist aber auch die Tatsache, dass viele Unternehmen den Mitarbeitern gerade einmal den viel zu niedrigen Mindestlohn zahlen. Bei Lebenshaltungskosten ähnlich hoch wie in Österreich, ist dies für viele Familien eine große Herausforderung. ■■



Die Törzburg in Siebenbürgen, bekannt als „Dracula-Schloss“.

## NÖ SUCHT WIEDER DIE SPORTLICHSTE GEMEINDE

BEI DER NÖ-CHALLENGE ZÄHLT JEDE BEWEGUNGSMINUTE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Gemeinsam mit SPORT.LAND. Niederösterreich veranstalten der NÖ Gemeindebund und der SP-Gemeindevertreterverband heuer bereits zum dritten Mal die große NÖ-Challenge. Dabei werden von 1. Juli bis 30. September wieder die aktivsten Gemeinden Niederösterreichs gesucht. Egal ob beim Gehen, Laufen oder Radfahren – jede Bewegungsminute der Bürgerinnen und Bürger zählt und wird auf das Bewegungskonto der jeweiligen Gemeinde gutgeschrieben.

Bürgermeister und Gemeinderäte sind dazu aufgerufen, die Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen bei der NÖ-Challenge zu motivieren und damit zu mehr Bewegung zu animieren.



Sportlandesrätin Petra Bohuslav und die Chefs des SP-GVV, Rupert Dworak, und des NÖ Gemeindebundes, Alfred Riedl, laden zum Mitmachen bei der NÖ-Challenge ein.

Zur aktiven Bewerbung haben die Gemeinden von SPORT.LAND. Niederösterreich zwei Plakate zugesandt bekommen.

Alle Infos zum Projekt und weitere Werbemittel finden sich auf der Webseite [www.sportlandnoe.at](http://www.sportlandnoe.at).

Anmeldung zur NÖ-Challenge  
 [www.noechallenge.at](http://www.noechallenge.at)



## WIENER NEUSTADT TESTET **ABBIEGEASSISTENTEN**

SENSOREN UND KAMERA AN EINEM BAUHOF-LKW SOLLEN FÜR SICHERHEIT SORGEN

Die Einführung von Abbiegeassistenten für Lkw wird derzeit intensiv diskutiert. Wiener Neustadt hat nun einen Testbetrieb gestartet.

Ein Lastwagen des Bauhofs wurde mit mehreren Sensoren und einer Kamera ausgestattet, die den toten Winkel auf der rechten Seite der Fahrerkabine abdecken sollen.

Der Abbiegeassistent wird automatisch gestartet, sobald der Blinker nach rechts betätigt wird. Der Fahrer sieht dann auf einem zusätzlichen Bildschirm die gesamte rechte Seite der Fahrerkabine und wird zusätzlich akustisch gewarnt, wenn sich Personen oder Hindernisse im toten Winkel befinden. Unfälle beim Rechtsabbiegen sollen damit vermieden werden. Bewährt sich das neue System, werden weitere Lkw des Wirtschaftshofes nachgerüstet.



Dieter Leonhard, Gerhard Rotheneder, Stadtrat Franz Dinobl und Wolfgang Ostermann testeten den neuen Abbiegeassistenten am Wirtschaftshof von Wiener Neustadt.

FOTO: STADT WIENER NEUSTADT

## DIE 200. FAIRTRADE-GEMEINDE

BROMBERG IST AUCH TEIL DER FAIRTRADE-REGION



In Bromberg gibt es auch „faire“ Kaffejausen.

Mit Bromberg im Bezirk Wiener Neustadt-Land wurde kürzlich die 200. Fairtrade-Gemeinde in Österreich ausgezeichnet, die 90. in Niederösterreich. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Gemeinden, die sich für den fairen Handel engagieren, wie in Niederösterreich – das Bundesland stellt fast die Hälfte aller Fairtrade-Gemeinden österreichweit und natürlich auch mehr als jedes andere Bundesland. Insgesamt ist damit der faire Handel in Niederösterreich in den vergangenen Jahren stark ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt.

„Bromberg unterstützt die Ziele von Fairtrade auf vielfältige Art und Weise – von der fairen Kaffejause beim Nostalgiekirtag oder einem

eigenen Stand am Weihnachtsmarkt bis hin zu Berichten über das Thema in der Gemeindezeitung ist da alles dabei“, gratulierte Hartwig Kirner, Geschäftsführer von Fairtrade Österreich.

### FAIRTRADE-REGION

Bromberg ist zudem auch Teil der ersten Fairtrade-Region, einem Zusammenschluss verschiedener Gemeinden in der Buckligen Welt und im Wechselland, die unter anderem ortsübergreifende Projekte und Veranstaltungen plant, um gemeinsam noch mehr zu erreichen.



[www.fairtrade.at](http://www.fairtrade.at)

### VERKEHR

## WIE GEMEIN MOBILITÄT

DER MOBILITÄTSWETTBEWERB  
„CLEVER MOBIL“

Auf Grund des großen Erfolges 2017 startete das Land Niederösterreich heuer erneut seinen landesweiten Mobilitätswettbewerb. Unter dem Motto „Clever mobil – Multimodalität macht’s möglich“ können auch diesmal alle Mobilitätsgemeinden ihre Projektideen einsenden. Preisgelder in einer Gesamthöhe von 70.000 Euro werden ausgezahlt.

### KLEINRÄUMIGE MOBILITÄTSLÖSUNGEN GESUCHT

„Neben Investitionen in den öffentlichen Verkehr braucht es auch kleinräumige Mobilitätslösungen. Wer könnte dies besser wissen als die Gemeinden selbst. So ist Mobilität immer auch ein Entwicklungsmotor. Ich freue mich bereits jetzt auf die kreativen Ideen bei den Projekteinreichungen“, meint Landesrat Ludwig Schleritzko

### NEUE THEMENFELDER

Heuer können erstmalig auch Mobilitätsprojekte im Themenfeld „Aktive Mobilität“, also „Zu-Fuß-Gehen“ und Radfahren eingereicht werden. Die Projektideen sind bei der Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten des Landes (RU7) einzureichen.

### VIER PROJEKTKATEGORIEN

Ausgezeichnet werden Projekte in den vier Kategorien:

Auch Projekte zu den Themen „Zu-Fuß-Gehen“ und Radfahren können eingereicht werden.

# DEN MIT GEWINNEN

- ▶ multimodale Schnittstellen und deren Aufwertung,
- ▶ Informationssysteme (innovative Leitsysteme),
- ▶ ergänzende Mobilitätsangebote und
- ▶ aktive Mobilität.

„Mobilität in ihrer Vielfalt sichern, zukunftsfähig gestalten und fördern“ – das Leitmotiv des Landesmobilitätskonzepts 2030+ ist das erklärte Ziel des Wettbewerbs. Pro niederösterreichische Hauptregion sind dafür 10.000 Euro zu holen sowie 20.000 Euro für das landesweite Siegerprojekt.

Eingereicht werden kann noch bis 14. September. Die Einreichung muss vor dem Start der Projektumsetzung geschehen. Die Mobilitätsmanager der NÖ.Regional.GmbH beraten ihre Mobilitätsgemeinden und bieten Hilfestellung bei der Projekterstellung und Erarbeitung der Einreichunterlagen. ■■



- 📄 **NÖ.Regional.GmbH**  
**Wibke Strahl-Naderer**
- 🌐 [www.noeregional.at/clevermobil2019](http://www.noeregional.at/clevermobil2019)
- ✉ [wibke.strahl-naderer@noeregional.at](mailto:wibke.strahl-naderer@noeregional.at)
- 📞 **0676/88 591 318**

Landeskliniken-Holding

IHRE GESUNDHEIT. UNSER ZIEL.



Eine entgeltliche Einschaltung der NÖ Landeskliniken-Holding

**SPENDE BLUT. RETTE LEBEN.**

Die NÖ-Blutspendeaktion für alle ab 18.  
Jetzt noch vor dem Urlaub Blut spenden:

**Orte und Termine: [www.blutbank.at](http://www.blutbank.at)**

**Oder direkt in den Blutbanken  
Sankt Pölten und Mistelbach.**

Dort erwarten Sie, von 1. 6. bis 30. 6., als kleines  
Dankeschön Strudelvariationen und Kaffee!

**Dazu gibt es noch eine  
Strand-Handyhülle gratis!**

## KINDERBETREUUNGSANGEBOT WIRD AUSGEBAUT

BETRIEB VON BETREUUNGSEINRICHTUNGEN IST VOR ALLEM FÜR KLEINE GEMEINDEN FINANZIELL SCHWIERIG

Die NÖ Landesregierung hat Finanzmittel für den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten in der Höhe von mehr als fünf Millionen Euro beschlossen.

Davon werden rund 1,2 Millionen Euro für die Errichtung neuer schulischer Tagesbetreuungseinrichtungen bzw. für Qualitätsverbesserungen bei bereits bestehenden schulischen Tagesbetreuungseinrichtungen eingesetzt.

Mit den verbleibenden 3,8 Millionen Euro wird der Ausbau von institutionellen Kleinkindbetreuungseinrichtungen unterstützt.

„Neben 22 Gruppen schulischer Tagesbetreuungseinrichtungen werden somit auch 56 Tagesbetreuungseinrichtungen für Kleinstkinder gefördert“, erklärt Landesrätin



FOTO: SHUTTERSTOCK/SHAROMIKA

Für Kleinstkinder werden 56 Tagesbetreuungseinrichtungen gefördert.

Christiane Teschl-Hofmeister. Auch zukünftig werde das Land Niederösterreich in den Ausbau von Betreuungseinrichtungen investieren: „Wir wissen, dass die Errichtung und der Betrieb von Kinderbetreuungseinrichtungen oft mit einem großen finanziellen Aufwand verbunden sind, der

vor allem für kleinere Gemeinden in weniger bevölkerungsreichen Regionen schwer zu stemmen sein kann. Dabei ist dieser Ausbau vor allem für strukturschwache Regionen, für die Stärkung des ländlichen Raums, enorm wichtig“, so die Landesrätin weiter.

## SPATENSTICH FÜR TRINKWASSERSICHERUNG BUCKLIGE WELT

EIN PROJEKT SOLL DIE VERSORGUNG VON NEUN GEMEINDEN SICHERSTELLEN

In Krumbach erfolgte der Spatenstich für ein Projekt, dass die Trinkwasserversorgung in der Buckligen Welt sichern soll.

Projektträger ist der 2017 gegründete Wasserverband Trinkwassersicherung Bucklige Welt, der für 13.500 Menschen in den neun Gemeinden Bad Schönau, Bromberg, Edlitz, Grimmenstein, Hollenthon, Krumbach, Lichtenegg, Thomasberg und Wiesmath jedes Jahr 950 Millionen Liter sauberes und sicheres Trinkwasser zur Verfügung stellt.

Die Gesamtkosten liegen bei 5,65 Millionen Euro; die Leitungen auf einer Gesamtlänge von 67 Kilometern behalten auch eine Mitverlegemöglichkeit für Breitband. Das Projektende ist für Dezember 2020 vorgesehen.



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner im Kreis von Vertretern der Gemeinden, der Region und des Wasserverbandes Bucklige Welt beim Spatenstich beim Weißen Kreuz in Krumbach.

## KURZMELDUNGEN AUS NIEDERÖSTERREICH

## AUF SICHTSRAT-ZERTIFIKAT FÜR KARL MOSER



NÖ Gemeindebund Vizepräsident Karl Moser hat kürzlich das Zertifikat CSE „Certified Supervisory Expert“ erworben. Dabei handelt es sich um eine Zertifizierung, die speziell für Aufsichtsräte und Stiftungsvorstände vorgesehen ist und ein Qualitätssiegel für Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten bei Mitgliedern von Aufsichtsorganen darstellt. Moser hat in den vergangenen Monaten mehrere Zertifikatskurse besucht und am Ende sein Wissen einer Kommission präsentiert.

Die NÖ Gemeinde wünscht Karl Moser alles Gute bei seiner Tätigkeit als Aufsichtsrat.

## STEFAN KLAMMER IST JÜNGSTER BÜRGERMEISTER

Mit 24 Jahren ist Stefan Klammer, neuer Gemeindechef in der Marktgemeinde Neudling, der jüngste Bürgermeister Niederösterreichs.



Neudling ist Nachfolger von Karl Schratzenholzer, der nach zehn Jahren sein Amt zurückgelegt hatte.

„Es ist natürlich eine Riesen-Aufgabe, aber ich bin überzeugt, dass ich mit meinem Team weiterhin gute Arbeit für unser Neudling machen werde und wir auch in Zukunft gemeinsam erfolgreich sein werden. Ich danke daher

auch für die Unterstützung und den Vertrauensvorschuss, der mir entgegengebracht wurde.

Klar ist natürlich, dass ich dieses Vertrauen jetzt mit guter und harter Arbeit zurückzahlen möchte. Das wichtigste für mich ist deshalb, für alle Neudlinger da zu sein und auch immer ein offenes Ohr zu haben“.

## KOSTENLOSE WIFI-HOTSPOTS FÜR 22 GEMEINDEN

Die EU-Initiative „WiFi4EU“ unterstützt die Einrichtung von kostenlosen WiFi-Hotspots in öffentlichen Räumen wie Parks, Verwaltungen, Bibliotheken und Gesundheitszentren, an denen noch kein kostenloses WLAN-Angebot verfügbar ist.

Im Rahmen der Initiative finanziert die Europäische Kommission Gutscheine im Wert von 15.000 Euro, um Gemeinden und Städten bei der Einrichtung von WiFi-Hotspots in öffentlichen Räumen zu unterstützen.

Von den insgesamt 141 ausgewählten Gemeinden und Städten in Österreich, befinden sich auch 22 Gemeinden und Städte aus Niederösterreich unter den Gewinnern.

Insgesamt haben sich mehr als 10.000 Gemeinden und Städte aus ganz Europa um einen WiFi4EU-Gutschein beworben. 3400 Gemeinden und Städte haben schlussendlich den Zuschlag für einen WiFi4EU-Gutschein erhalten.

Jene Gemeinden und Städte, die dieses Mal nicht erfolgreich waren, können es bei der nächsten Bewerbungsrunde, die voraussichtlich im Herbst 2019 startet, noch einmal versuchen und einen neuen Antrag stellen.

## IMPRESSUM:

**Herausgeber:**

NÖ GEMEINDEBUND  
 (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)  
 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

**Internet:** www.noegemeindebund.at

**Mit der Herausgabe beauftragt:**

Landesgeschäftsführer  
 Mag. Gerald Poyschl

**Medieninhaber:** Österreichischer  
 Kommunal-Verlag GmbH., 1010 Wien,  
 Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0

**Chefredakteur:** Mag. Helmut Reindl,  
 E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at  
 Mitarbeit: Sotiria Peischl M.A.,  
 Prof. Dr. Franz Oswald

**Grafik:** Österreichischer Kommunal-Verlag,  
 Thomas Max  
 E-Mail: thomas.max@kommunal.at

**Anzeigenverkauf:** Tel.: 01/532 23 88-0  
 Sabine Brüggemann, E-Mail:  
 sabine.brueggemann@kommunal.at  
 Martin Mravlak, E-Mail:  
 martin.mravlak@kommunal.at  
 Martin Pichler, E-Mail:  
 martin.pichler@kommunal.at

**Hersteller:**

Leykam Druck, 7201 Neudörfel  
**Erscheinungsort:** 2700 Wr. Neustadt  
**Auflage kontrolliert:** 12.800 Exemplare.  
 Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatäre und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.

# +NIEDERÖSTERREICH WIEN ENERGIE.

Wir betreuen viele Gemeinden in Niederösterreich  
persönlich. Und natürlich Sie!



Bereits mehr als 80 Gemeinden rund um Wien setzen auf verlässliche Energie und innovative Services von Wien Energie. Entdecken auch Sie unsere vielfältigen Strom- und Erdgasstarife für Ihr Zuhause und Ihr Unternehmen auf [wienenergie.at](http://wienenergie.at)



SO BUNT WIE MEIN LEBEN.



Wien Energie Vertrieb, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.

Wasserkraft	44,56 %
Windenergie	8,50 %
feste oder flüssige Biomasse	3,42 %
Sonnenenergie	1,32 %
Erdgas	41,21 %
sonstige Ökoenergie	0,99 %

CO <sub>2</sub> -Emissionen	136,81 g/kWh
radioaktiver Abfall	0,00 mg/kWh

Stromkennzeichnung des Lieferanten: Gemäß § 78 Abs. 1 und 2 EIWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung hat die Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG im Zeitraum 1.1.2018 – 31.12.2018 auf Basis der in der nebenstehenden Tabelle angeführten Primärenergieträger Strom an Endverbraucher verkauft. Gemäß § 78 Abs. 2 EIWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung entstanden bei der Stromerzeugung in diesem Zeitraum nebenstehende Umweltauswirkungen. Die Herkunftsnachweise stammen zu 100 % aus Österreich. Unsere Lieferungen sind frei von Atomstrom. Bei der Erzeugung entstehen keine radioaktiven Abfälle. Das Erdgas wird mit höchster Effizienz in modernen KWK-Kraftwerken zur gleichzeitigen Erzeugung von Strom und Fernwärme eingesetzt.